



DEUTSCHLANDPLAN

DER JUNGEN ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Freiheitliche Positionen für unsere Heimat





JUNGE ALTERNATIVE

Junge Alternative für Deutschland
Schillstraße 9, 10785 Berlin
E-Mail: <info@jungealternative.com>

*Verabschiedet am VII. Bundeskongress
in Eisenach/Seebach, 02./03. Juni 2018,
zul. geändert am VIII. Bundeskongress
in Magdeburg, 16./17. Februar 2019*



INHALTSVERZEICHNIS

A . Der Wertekompass der Jungen Alternative für Deutschland.....	7
1. Präambel.....	7
2. Grundsätze	8
3. Direkte Demokratie.....	8
4. Europa.....	8
5. Familie.....	8
6. Bildung.....	9
7. Heimat, Umwelt & Natur.....	9
8. Inneres & Recht.....	9
9. Migration.....	9
10. Arbeit & Soziales.....	9
11. Wirtschaft	10
12. Digitalisierung.....	10
13. Wissenschaft & Hochschulpolitik.....	10
14. Rente	10
15. Außenpolitik.....	11
16. Verteidigung.....	11
17. Haushalt & Finanzen	11
18. Landwirtschaft.....	12
19. Kultur & Medien.....	12
B . Direkte Demokratie.....	13
1. Volksabstimmungen auf allen Ebenen.....	13
2. Obligatorische Referenden einführen	13
3. Kommunale- und landespolitische Mitbestimmung stärken	13
4. Mehr Mitspracherecht der Bürger	13
5. Integrität von Wahlen sichern.....	14
C . Europa & EU	15
1. Deutschland zuerst!.....	15
2. Für ein Europa der Nationen.....	15
3. Festung Europa statt Masseneinwanderung.....	16
D . Familie.....	17
1. Einführung eines Familiensplittingmodells.....	17



2. Reduzierung der Sozialversicherungsabgaben für Familien mit Kindern.....	17
3. Doppelbelastung von Familien beenden.....	17
4. Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.....	18
5. Familienschutz statt Genderwahn	18
6. Ungeborenes Leben effektiv schützen	18
E. Bildung.....	19
1. Bildung zwischen Tradition und Moderne – Digitalisierung fördern.....	19
2. Subsidiaritätsprinzip einführen.....	19
3. Ja zu unseren Farben – auch an der Schule.....	20
4. Positives Bild der Bundeswehr an den Schulen.....	20
5. Verbeamtung der Lehrer abschaffen	20
6. Lehrerausbildung reformieren.....	20
7. Gender-Mainstreaming stoppen.....	21
8. Duales Berufsbildungssystem fördern.....	21
9. Experimente mit Grundschulern stoppen	22
10. Dreigliedriges Schulsystem beibehalten	22
11. Förderschulen beibehalten – Inklusion beenden	22
F. Heimat, Umwelt & Natur.....	23
1. Biodiversität und Artenvielfalt in allen Ökosystemen erhalten.....	23
2. Keine Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung	23
3. Gentechnisch veränderte Pflanzen und Lebens- sowie Futtermittel.....	23
4. Rückbau der Windkraft und Schaffung zukunftsfähiger Energielieferanten	23
5. Verbot von Tierversuchung in der Forschung außerhalb der Veterinär- und Humanmedizin.....	23
6. Bewusstsein für Tierschutz stärken.....	24
7. Schächten ausnahmslos verbieten.....	24
8. Empfindliche Strafen für Tierquälerei	24
9. Förderung von ökologischen Alternativen zu Insektiziden	24
10. Abkehr von Kunststoffen aus fossilen Rohstoffen.....	24
G. Inneres & Recht.....	25
1. Souveränität zurückgewinnen – Staatsgrenze schützen.....	25
2. Polizei stärken	25
3. Identifizierung von Asylbewerbern sicherstellen.....	25
4. Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft.....	25
5. Mehr Sicherheit durch Verbot von Vollverschleierung	26
6. Bekämpfung der organisierten Kriminalität.....	26



7. Justizwesen stärken	26
8. Bürgerrechte stärken	26
9. Kriminalisierung legaler Waffenbesitzer beenden.....	27
H. Migration	28
1. Deutsche Grenzen sichern	28
2. Trennung von Einwanderung und Asyl.....	29
3. Einwanderungssystem nach deutschen Interessen	29
4. Leitbild des assimilierten und loyalen Einwanderers	29
5. Asylrecht in ein Gnadenrecht umwandeln	29
6. Botschaftsasyl als einziger Zugangsweg ins deutsche Asylsystem.....	30
7. Heimatnahe Unterbringung von Flüchtlingen.....	30
8. Keine Verfestigung des Aufenthalts von Flüchtlingen in Deutschland	31
9. Staatsversagen beenden: Abschiebequote von 100 Prozent.....	31
10. Abschieds- statt Willkommenskultur	32
11. Bekämpfung von Fluchtursachen	32
12. Minuszuwanderung.....	33
I. Arbeit & Soziales	34
1. Reform des Sozialgesetzbuches	34
2. Sozialleistungen zuerst für Deutsche	34
3. Äquivalenzprinzip.....	34
4. Heimarbeit fördern	34
5. Arbeitnehmer/Selbstständige im hohen Alter entlasten.....	34
6. Transferleistungen für Deutsche.....	35
J. Wirtschaft	36
1. Grenzen der Marktwirtschaft.....	36
2. Soziale Marktwirtschaft stärken – Überregulierung beenden.....	36
3. Partikularinteressen zurückstellen.....	36
4. Ordnungsstaat statt Versorgungsstaat	37
5. Entlastung des Mittelstandes.....	37
6. Gerechtigkeits- statt Gleichheitsgebot	37
7. Absenkung der Mehrwertsteuer	37
8. Abschaffung des Solidaritätszuschlags	38
9. Abschaffung des EEG	38
10. Souveränität deutscher Handelspolitik	38
K. Digitalisierung.....	39



1. Netzneutralität	39
2. Abschaffung des Leistungsschutzrecht.....	39
3. Offene Netzwerke fördern.....	39
4. Förderung von freier Software.....	39
5. Digitalisierung der Verwaltung.....	39
6. Blockchain als zukunftsweisende Technologie erkennen	40
7. Breitbandausbau	40
8. Rücknahme des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes.....	40
L. Wissenschaft & Hochschulpolitik	41
1. Freiheit des Wortes, der Forschung und der Meinung bewahren	41
2. MINT-Fächer stärken.....	41
3. Ja zu Universitäten als Elitenschmieden	41
4. Mehr Studienplätze für Mangelberufe	41
5. Gescheiterte Strukturreformen beenden.....	42
6. Hochschulfinanzierung langfristig gewährleisten	42
7. Zugangsmodalitäten überprüfen.....	42
8. Finanzierung des Studiums: BAföG familienfreundlicher gestalten	42
9. Studentenvertretungen reformieren.....	43
10. Keine Zivilklauseln an den Universitäten	43
M. Rente	44
1. Gesetzliche Rentenversicherung stärken	44
2. Mindestrente garantieren.....	44
3. Lebensleistung von Eltern würdigen.....	44
4. Keine Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	44
N. Außenpolitik	46
1. Ehrlicher Makler in Osteuropa	46
2. Festung Europa	46
3. Kein EU-Beitritt der Türkei.....	47
4. Beziehungen nach Südamerika stärken	47
5. Minderheiten im südlichen Afrika schützen.....	47
6. Gleichgewicht in Zentralasien stärken.....	47
O. Verteidigung.....	48
1. Schutz deutscher Souveränität.....	48
2. Erhöhung der Rüstungsausgaben	48
3. Ersatzteilmangel beenden	48



4. Wehr- und Zivildienst ist Dienst an der Nation.....	48
5. Tradition mit Zukunft.....	49
6. Verteidigungsfähigkeit in der Fläche erhöhen	49
7. Lützows wilde, verwegene Jagd!	49
P. Haushalt & Finanzen.....	50
1. Keine neuen Schulden für die Jugend.....	50
2. Prioritäten setzen bei der Vergabe von Finanzmitteln.....	50
3. Streichpotentiale nutzen.....	50
4. Leistungsbereitschaft und Patriotismus fördern	51
Q. Landwirtschaft	52
1. Umbau agrarwirtschaftlicher Subventionen.....	52
2. Bürokratieabbau und Entlastungen für KMU	52
R. Kultur & Medien.....	53
1. Meinungsfreiheit stärken – GEZ abschaffen	53
2. Identität bewahren, Erinnerungskultur pflegen.....	53
3. Deutsche Theaterkultur erhalten.....	53
4. Denkmalschutz reformieren	53
5. Geschichte als Leitstern staatlicher Bauvorhaben.....	54
6. Filmförderung abschaffen	54
7. Rundfunklizenzen abschaffen.....	54
8. Jugendschutz ist vor allem Elternsache.....	54
9. Videospiele sind Kunst.....	54

A. DER WERTEKOMPASS DER JUNGEN ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Mit dem vorliegenden Wertekompass definiert die Junge Alternative für Deutschland, die Jugendorganisation der Alternative für Deutschland, Grundprinzipien für ihre künftige politische Arbeit. Ziel ist es, sowohl Mitgliedern, als auch Interessenten und der allgemeinen Öffentlichkeit deutlich zu machen, wofür die Junge Alternative steht und eintritt.

Die vorangestellte Präambel fasst das politische Selbstverständnis der Jungen Alternative für Deutschland zusammen. In einem daran anschließenden Teil werden entlang von 17 Themenfeldern Grundsätze und grundlegende Forderungen formuliert, für deren Umsetzung wir uns im Rahmen des politischen Wettbewerbs und der innerparteilichen Willensbildung einsetzen.

1. Präambel

Von dem Wunsch getragen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Souveränität Deutschlands zu verteidigen, haben wir 2013 die Junge Alternative für Deutschland gegründet. Mit großer Sorge betrachten wir die politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Deutschland und Europa. In einer Zeit, in der etablierte Parteien und Politiker ihre Konzepte als alternativlos darstellen, wagen wir den Widerspruch. Wir setzen uns natürlich für den Erhalt des deutschen Nationalstaates, des deutschen Volkes und deren Kultur und Traditionen ein. Denn das ist unsere Pflicht gegenüber unseren Ahnen und Nachkommen. Ebenso setzen wir uns für ein friedliches, freies und traditionelles Europa der Nationalstaaten ein.

Als Jugendorganisation der Alternative für Deutschland stehen wir dabei Seite an Seite mit unserer Mutterpartei. Wir sind Impulsgeber und Innovationsmotor für die AfD. Gemeinsam arbeiten wir zum Wohle der Allgemeinheit an Lösungen für die drängenden und großen Fragen unserer Zeit.

Wir machen es uns zur Aufgabe, junge Menschen aus ganz Deutschland zu vereinigen, um im Geiste von Einigkeit und Recht und Freiheit die Jugend zu bilden, zu erziehen und aufzuklären. Wir beteiligen uns an der politischen Willensbildung des deutschen Volkes und sind die Stimme aller jungen Bürger, die in einer sicheren, freien und prosperierenden Heimat alt werden wollen.

Als junge Deutsche haben wir die Verantwortung und Pflicht, im Auftrag der Freiheit und Wohlfahrt unserer Nation und der Welt zu wirken. Wir gehen darüber hinaus und wünschen, dass nachfolgende Generationen es besser haben als wir. Vor allem als junge Staatsbürger haben wir im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen die Pflicht, zum Wohle der Freiheit und der Wohlfahrt unserer Nation und der Welt zu wirken.

Eingedenk dieses Bekenntnisses und im Bestreben, diese Ziele zu verwirklichen, hat sich die Junge Alternative für Deutschland diesen Wertekompass gegeben.



2. Grundsätze

Die Junge Alternative begreift sich als konservativ-freiheitliche Kraft, deren oberstes Ziel der Erhalt unserer Nation und unserer Kultur ist.

Wir stehen ein für die bürgerlichen Werte unseres Landes, geprägt durch das Christentum im Wandel der Aufklärung. Diese sind für uns nicht verhandelbar.

Freiheit, Wohlstand, Sicherheit sowie Demokratie und Souveränität sind die Grundpfeiler, an denen sich unser Handeln ausrichtet. Ideologien und supranationale Organisationen, welche diese tangieren, werden wir mit der notwendigen Entschlossenheit bekämpfen.

Wir verstehen uns als essentiellen Teil der Zukunft unserer Nation, so ist es doch gerade die Jugend, welche diese erleben wird. Ihr vornehmstes Recht ist die Gestaltung dieser Zukunft. Die Liebe zu unserem Land dient uns als Inspiration und treibende Kraft. Es zu verteidigen und zu pflegen ist das Selbstverständnis unseres Patriotismus.

Aus diesen Erkenntnissen gewinnen wir das Selbstvertrauen, uns aktiv in die politische und gesellschaftliche Gestaltung zu begeben. Unserer Mutterpartei dienen wir hierbei als Quelle der Erneuerung.

3. Direkte Demokratie

Dem Wunsch einer Mehrheit des deutschen Volkes entsprechend, setzt sich die Junge Alternative für die Ermöglichung direktdemokratischer Mitbestimmungselemente auf Bundesebene ein. Die beherrschende Rolle der Parteien im politischen System wollen wir begrenzen. Wir setzen uns zudem für eine Stärkung der Nutzung von „bottom-up“-Formen der E-Demokratie ein.

4. Europa

Die Junge Alternative spricht sich ausdrücklich gegen die fortdauernde Umwandlung der Europäischen Union in einen zentralistischen Bundesstaat aus. Wir setzen uns für ein Europa der starken Nationen ein, die in Freiheit, Eigenverantwortung und Brüderlichkeit gemeinsam leben. Dem steht die Europäische Union als ineffizienter Apparat und als eklatante Verschwendung von Steuergeldern diametral entgegen. Zentraler Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses ist deshalb die Forderung nach einer stufenweisen Auflösung der Europäischen Union und des Euro-Währungsraumes.

5. Familie

Vorrangige Aufgabe der Politik muss stets der Erhalt des eigenen Staatsvolkes sein. Die von den Altparteien längst als alternativlos hingegenommene dramatische Zunahme von Ehe- und Kinderlosigkeit führen zu einer Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr. Die Junge Alternative setzt sich in der derzeitigen demographischen Lage deshalb für einen Paradigmenwechsel ein, hin zu einer Bevölkerungspolitik in Gestalt einer aktivierenden Familienpolitik.

6. Bildung

Bildung ist der Schlüssel zur Erhaltung und Entwicklung eines kulturell selbstbestimmten und politisch souverän lebenden Volkes. Grundlage unseres Bildungssystems muss deshalb ein Wertekanon sein, der sowohl Primär- als auch Sekundärtugenden umfasst, statt auf Floskeln wie Toleranz und Weltoffenheit zu basieren. Die Junge Alternative sieht das Schulwesen dem Allgemeinbildungsbegriff des deutschen Idealismus verpflichtet.

7. Heimat, Umwelt & Natur

Unsere Heimat ist Deutschland. Sie ist geprägt durch eine reiche und vielfältige Geschichte und Kultur, liebenswerte Traditionen und eine starke Wirtschaft. Die Junge Alternative setzt sich für eine Bewahrung und Gestaltung dieser Heimat ein, um sie so als lebenswertes Erbe für künftige Generationen zu erhalten. Zur Bewahrung der Heimat gehört auch der Schutz von Natur und Umwelt.

8. Inneres & Recht

Die Fähigkeit zur Sicherstellung von Recht und Ordnung innerhalb seiner Grenzen ist konstitutives Merkmal eines Staates. Dazu bedarf es nach rechtstaatlichen Maßstäben einer wirksamen Justiz und eines stets einsatzfähigen Polizeiapparates. Spätestens seit dem Höhepunkt der Migrations- und Flüchtlingskrise im Jahre 2015, vermittelt der Staat jedoch einen Eindruck des Kontrollverlustes. Die Junge Alternative setzt sich für eine sofortige Wiederherstellung von Recht und Ordnung an den Außengrenzen der Europäischen Union, hilfsweise an den deutschen Grenzen ein. Wir fordern ein Deutschland in Sicherheit und Ordnung unter Wahrung des deutschen Rechtes und der bürgerlichen Freiheiten des deutschen Volkes!

9. Migration

Die individuellen Schutz- und Asylgarantien im Grundgesetz wurden 1949 für verfolgte Einzelpersonen geschaffen. Sie versprechen unter den heutigen Bedingungen der massenhaften Wanderungsbewegungen Unmögliches und können deshalb nicht aufrechterhalten werden. Eine besondere Hypothek für die Zukunft stellt die Einwanderung in die Sozialsysteme dar. Migration wird die Probleme der sozialen Sicherungssysteme, die in Deutschland durch den Geburtenrückgang entstanden sind, nicht lösen, sondern nur verschärfen.

10. Arbeit & Soziales

Aufgrund einer jahrzehntelangen gescheiterten Politik der Altparteien, steht Deutschland vor großen sozialen Herausforderungen. Offene Grenzen und ein leistungsfähiger Sozialstaat schließen sich gegenseitig aus. Unser Sozialstaat kann daher nur erhalten bleiben, wenn die geforderte Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Die Junge Alternative spricht sich deshalb für dringend notwendige Reformen der Sozialgesetzgebung aus, um der veränderten strukturellen Zusammensetzung der Gesellschaft im 21. Jahrhundert Rechnung zu tragen.



11. Wirtschaft

Die Junge Alternative bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft als die Wirtschaftsordnung, die wie keine andere einen effizienten Einsatz der Ressourcen und die beste Befriedigung der Bedürfnisse ermöglicht. Wir stehen für die Überzeugung, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht die Menschen für die Wirtschaft. Wohlstand lässt sich zwar primär materiell messen, hat aber auch entscheidende immaterielle Komponenten: Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe.

12. Digitalisierung

Will Deutschland seine Rolle als Innovationsstandort auch in Zukunft bewahren, gilt es den Herausforderungen der Digitalisierung mutig entgegenzutreten. Digitale Technologien wie künstliche Intelligenz oder „Blockchain“ werden noch nicht vorhersehbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben. Die Junge Alternative spricht sich dafür aus, diese Auswirkungen als Chance zu verstehen. Aspekte wie die Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, der Breitband- Ausbau, die Ausrollung des künftigen Mobilfunkstandards 5G und die Integrierung von Elementen der sog. E-Demokratie in das politische System der Bundesrepublik müssen dringend angegangen werden.

13. Wissenschaft & Hochschulpolitik

Universitäten stehen wie keine andere Institution für die Freiheit des Denkens und sollen in Forschung und Lehre eine Plattform des freien Wortes und der Debatte sein. Die Junge Alternative lehnt jegliche Beschneidung dieser Freiheit durch Denk- und Sprechverbote ab. Wir setzen uns zudem für eine Rückabwicklung der sog. „Bologna-Reform“ ein.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Studentenparlamente und Studentenausschüsse (AStA) sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren, Dienstleister für und Vertretung der Studenten innerhalb der Hochschulgremien und -strukturen zu sein.

14. Rente

Die Junge Alternative fordert eine Stärkung des umlagefinanzierten Rentensystems und somit das System der gesetzlichen Rentenversicherung stärken. Es stellt eine Errungenschaft der Bismarck'schen Sozialpolitik dar und hat über Jahrzehnte hinweg gut funktioniert. Seit fast 130 Jahren leistet die gesetzliche Rentenversicherung unserem Volk große Dienste. Sie war immer ein Fels in der Brandung und zahlte während und nach Weltkriegen, während und nach Hyperinflation und während und nach der Teilung unseres Vaterlandes. Sie zahlte unabhängig von Währungsreformen und im Übrigen auch unabhängig von dem bereits mehr als 100 Jahre stattfindenden demographischen Wandel.

15. Außenpolitik

Die Junge Alternative sieht die Ressorts Außen- und Verteidigungspolitik sowie Entwicklungshilfe als drei verbundene Instrumente, die zuerst der Verfolgung deutscher Interessen dienen.

Als klassische Macht der Mitte liegt das Schicksal unseres Volkes in einer multipolaren Welt vor allem darin, gleichzeitig unseren Nachbarn Schutz und Hilfe zu gewähren und mit den großen Mächten der Welt in freundlicher Distanz zu agieren. Wir sprechen uns daher mittelfristig für den Austritt aus der NATO aus.

Grundvoraussetzung ist neben einer selbstbewussten politischen Führung auch ein zielgerichteter Einsatz aller Mittel. Entwicklungshilfe nach dem Gießkannenprinzip etwa ist sofort zu beenden.

Die Geschichte hat große Teile unseres Volkes über die ganze Welt verstreut. Die Bundesrepublik hat als Schutzmacht aller deutschen Minderheiten weltweit zu agieren. Ob in Südamerika oder im Baltikum: Alle Deutschen müssen auf den Rückhalt der Heimat zählen können. Dies stets im Einklang mit den Regierungen und Verwaltungen der entsprechenden Länder. Deutsche Minderheiten sind weltweit leistungsstarke Boten eines selbstbewussten und freundlichen Volkes.

16. Verteidigung

Als Junge Alternative bekennen wir uns ausdrücklich zu unseren Streitkräften und zu ihrem Dienst für unser Vaterland. Die Streitkräfte sind dabei weder Hilfspolizei, noch Technisches Hilfswerk. Sie haben die alleinige Aufgabe, das bundesdeutsche Staatsgebiet gegen Angriffe von außen zu verteidigen sowie deutsche Interessen im Ausland zu vertreten. Oberstes Ziel der deutschen Verteidigungspolitik muss sein, die Streitkräfte wieder in die Lage zu versetzen, diesen Aufgaben nachzukommen. Wir sprechen uns daher für eine spürbare Erhöhung des Verteidigungsbudgets und für die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus.

17. Haushalt & Finanzen

Als Jugendorganisation ist ein nachhaltiges Verständnis von Haushalt- und Finanzpolitik der Jungen Alternative ein besonders Anliegen. Wir betrachten jedoch mit großer Sorge, dass sich Deutschland einer de facto Aufkündigung des Generationenvertrags als theoretisch-institutionelle Grundlage eines im Umlageverfahren finanzierten Rentensystems durch die etablierte Politik nähert. Steigende Abgaben an die Europäische Union und steigende Ausgaben, etwa für die Integration von Migranten und Wirtschaftsflüchtlings ohne jegliche Bleibeperspektive, burden zukünftigen Generationen zusätzliche Lasten auf. Dabei könnten die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Haushaltspolitik derzeit kaum besser sein: Sprudelnde Steuereinnahmen und die andauernde Niedrigzinspolitik bieten beste Voraussetzungen für ausgeglichene Haushalte und zur Bildung von Rücklagen.



18. Landwirtschaft

Deutschland ist eine vom Menschen geformte Kulturlandschaft. Einen wichtigen Beitrag zur Pflege alter Kulturlandschaften leistet die bäuerliche Landwirtschaft, die über Jahrhunderte einen prägenden Einfluss auf die Kultur unseres Volkes hatte. Unsere kleinräumige, bäuerliche Landwirtschaft ist jedoch durch Globalisierung, Bürokratisierung und ideologisch geprägte Verbots- und Bevormundungspolitik bedroht. Ohne eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft, ist ein attraktiver ländlicher Raum nicht vorstellbar. Wir fordern daher, den landwirtschaftlichen Stand als Bewahrer alter Traditionen und Hüter unserer heimatlichen Kulturlandschaften langfristig zu schützen.

19. Kultur & Medien

Die Junge Alternative steht für ein lebendiges Verhältnis zu unserer Geschichte: Stolz und Achtung vor der Größe unserer Ahnen sowie die Anerkennung der Verantwortung, die aus den Verbrechen dunkler Abschnitte unserer Geschichte erwächst, stellen uns vor die Aufgabe, Einigkeit und Recht und Freiheit stets zu bewahren und zu schützen. Heimatverbundenheit und Weltoffenheit sind dabei keine Gegensätze, sondern veredeln sich gegenseitig zu ihrer Vervollkommnung. Zum Schutze der Freiheit gehört auch die bedingungslose Bejahung der Pressefreiheit, gelebt durch Vielfalt und Chancengleichheit im Angebot. Diese Freiheit ist durch den politisch abhängigen, zwangsgebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk massiv bedroht.

B. DIREKTE DEMOKRATIE

Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich mehr politische Einflussmöglichkeiten durch Elemente direkter Demokratie auf Bundesebene. Dies belegen über Jahre hinweg zahlreiche repräsentative Umfragen. Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen *und Abstimmungen* und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Das Demokratieprinzip wird von den Verfassungsvätern durch den Hinweis auf „Abstimmungen“ also nicht ausschließlich als repräsentatives interpretiert. Unser Vorbild ist die Schweiz mit ihren regelmäßigen Volksabstimmungen. Direkte Demokratie sehen wir als notwendiges Korrektiv zum repräsentativen Parlamentarismus. Die regelmäßigen öffentlichen Debatten stärken die Identifikation der Bürger mit dem Gemeinwesen.

1. Volksabstimmungen auf allen Ebenen

Die politische Kultur in Deutschland ist stark von Parteien geprägt. Die Junge Alternative möchte auf allen Ebenen Einflussmöglichkeiten des einfachen Bürgers stärken. Davon erhoffen wir uns eine neue Kultur des öffentlichen Diskurses. Direktdemokratische Elemente sollen schrittweise ausgebaut werden. Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sollen auf Kommunal- und Landesebene perspektivisch gesenkt werden.

2. Obligatorische Referenden einführen

Die Junge Alternative befürwortet das Recht der Staatsbürger, vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen (fakultatives Referendum). Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Auch müssen Bürger die Möglichkeit erhalten, bei annehmbaren Hürden eigene Initiativen auf Bundesebene einzureichen. Sofern eine erfolgreiche Volksinitiative in einer Abstimmung angenommen wird, so ist ihr Inhalt verbindlich durch die Politik umzusetzen. Steuererhöhungen und Erhöhungen allgemeiner Abgaben müssen grundsätzlich durch eine Volksabstimmung genehmigt werden.

3. Kommunale- und landespolitische Mitbestimmung stärken

Wir befürworten die flächendeckende Einrichtung direkter Demokratie als Teil der kommunal- und landespolitischen Infrastruktur. Gleich zur Bundesebene sollen auch hier die Bürger direkt in den politischen Prozess eingreifen können. Hierfür müssen angemessene Quoren geschaffen werden unter denen eine kommunal- und landespolitisch diskutierte Maßnahme, bei Interesse, durch eine Abstimmung entschieden werden kann.

4. Mehr Mitspracherecht der Bürger

Wir wollen das Mitspracherecht der Bürger stärken. Deswegen fordern wir:



- Bei Verfassungsänderungen ist ein Referendum zwingend durchzuführen,
- der Bundespräsident ist direkt durch das Volk zu wählen,
- die Sperrklausel zur Bundestagswahl ist auf drei Prozent abzusenken,
- Ausländer dürfen auf keiner Ebene das Wahlrecht erhalten,
- die staatliche Finanzierung von Parteien und politischen Stiftungen ist neu zu ordnen und zu begrenzen.

5. Integrität von Wahlen sichern

Die Integrität der Wahl ist elementarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie; Deswegen lehnen wir jegliche Form der elektronischen Wahl ab. Die Sicherheitsbedenken sind nicht in absehbarer Zeit ausräumbar und eine Überprüfung der Ergebnisse durch eine erneute Auszählung der Stimmen ist nicht möglich. Die papierene Wahl via Stimmzettel ist zwar nicht vollkommen sicher, jedoch bis dato und auf absehbare Zeit die fälschungssicherste und nachprüfbarste Methode zur Durchführung einer Wahl.

C. EUROPA & EU

1. Deutschland zuerst!

Die Junge Alternative steht für eine Außenpolitik, die von nationalem Interesse geleitet ist. Wir begreifen Deutschland als eine starke und selbstbewusste Nation, deren Souveränität indiskutabler Bestandteil ihres Selbstverständnisses ist. Als Teil des europäischen Kulturkreises stehen wir in Freundschaft zu unseren Nachbarn, sofern diese auf Gegenseitigkeit beruht. Europa ist für uns ein Kontinent einzigartiger Vielfalt, welche es zu erhalten gilt.

Unsere Vorstellung der Außenpolitik, die unseren Interessen und gleichzeitig auch dem globalen Frieden dient, beruht auf der Unverletzlichkeit der Nationalstaaten. Wir lehnen Interventionen ohne UN-Mandat gänzlich ab und stellen uns schützend an die Seite jener, die Opfer von Angriffen geheimdienstlicher und militärischer Art sind.

Es liegt im vitalen Interesse unserer Nation, die positive Vision einer Welt der starken Nationalstaaten verbunden durch gemeinsamen Handel und bilateraler Freundschaft zu entwickeln.

2. Für ein Europa der Nationen

Die Grundidee der EU widerspricht jeglicher nationaler Souveränität, demokratischen Grundprinzipien und rechtstaatlichen Mindestanforderungen. Wir lehnen die „Europäische Union“ ab. Der spätestens durch den sog. „Vertrag von Lissabon“ klar erkennbare staatliche Charakter, widerspricht der Souveränität der Mitgliedsstaaten. Schon lange wird in der Rechtswissenschaft in Bezug auf die EU nicht mehr von einer Staatengemeinschaft gesprochen, sondern von einem Staatengebilde „sui generis“ (eigener Art). Diese Definition entspringt der Tatsache, dass die EU in ihrer „Integration“ so weit fortgeschritten ist, dass sie eigentlich als Staat erkannt werden müsste, jedoch der politisch eingefärbten Rechtsprechung nach nicht ist.

Wir lehnen die rapide Entmachtung nationaler Demokratien durch eine zu keinem Zeitpunkt demokratisch legitimierte Organisation entschieden ab.

Unser Verständnis von Europa, ist kein bundesstaatliches, es ist vielmehr ein Europa in denen Staaten in Freundschaft miteinander auf Augenhöhe agieren und in bilateralen Verträgen ihren Standpunkt zueinander definieren. Klar ist aber auch, dass ein bilaterales Vertragswerk nie über demokratische Wahlen hinweg unbestritten Bestand haben kann.

Wir streben auch für die Zukunft die Fortführung des bestehenden Freihandels an, lehnen aber jegliche weitere fundamentale Festschreibung politischer Beziehung der bisherigen Mitgliedsstaaten ab.

Da ein oft diskutierter „Reformprozess“ innerhalb der Europäischen Union unserer festen Überzeugung nicht gelingen kann, fordern wir eine geordnete Auflösung ebendieser und die Neuschaffung einer Plattform nach dem Vorbild der EWG.



Alle bestehenden Regelungen müssen bis auf wenige Felder aufgelöst werden, Transferzahlungen sind einzustellen, die Währungsunion ist geordnet aufzulösen und die Personenfreizügigkeit entfällt.

3. Festung Europa statt Masseneinwanderung

Wir fordern eine Festung Europa mit hochsicheren Außengrenzen; Sollte dies an dem Unwillen anderer Nationen scheitern, fordern wir eine Schließung der Grenzen in Deutschland. Die illegale Masseneinwanderung nach Europa wird nicht von selbst aufhören. Im besten Falle können die Nationen in Europa diesem Problem gemeinsam entgegenzutreten.

Der Auswanderungsdruck auf Afrika bleibt enorm. Dies führt zu einem Sturm auf Europa – Diesen gilt es aufzuhalten. Mit Mauern, dem zügigen Rücktransport der Illegal und dem Mut „Nein!“ zu sagen.

D. FAMILIE

Eine Familie besteht aus Mutter, Vater und Kindern. Dies ist eine Wahrheit, die heutzutage kaum Würdigung erhält. Auch unser Grundgesetz stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates. Es beschreibt Pflege und Erziehung der Kinder als „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (Artikel 6 Grundgesetz). Die Junge Alternative setzt die Familie in den Mittelpunkt ihres Handelns. Deutschland hat nur eine Zukunft, wenn wir den Mut haben, uns für Kinder zu entscheiden und auch auf persönliche Freiheiten zu verzichten.

Die demographischen Probleme Deutschlands lassen sich nicht durch Zuwanderung lösen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Kinder und eine größere Wertschätzung für Familien! Oberstes Ziel der Jungen Alternative ist, die Familie als prägende Keimzelle einer selbstbestimmten und freiheitlichen Nation zu etablieren.

1. Einführung eines Familiensplittingmodells

Familien mit Kindern sind durch Steuern und Abgaben deutlich stärker belastet als Kinderlose. Wir treten dafür ein, dass das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und dann versteuert wird. Dadurch wird mehr Steuergerechtigkeit hergestellt und die gesellschaftliche Leistung der Familien angemessen gewürdigt.

Außerdem soll dieses Steuermodell die überdurchschnittlich kinderarmen Leistungsträger motivieren, mehr Kinder zu bekommen. Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll erhalten bleiben.

2. Reduzierung der Sozialversicherungsabgaben für Familien mit Kindern

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird derzeit das Bruttoeinkommen der gesamten Familie belastet. Wir fordern, die Unterhaltsansprüche der Kinder als Freibeträge bei der Berechnung der Sozialversicherungsabgaben zu berücksichtigen. Dies würde Familien mit Kindern spürbar entlasten.

Ein großzügiger finanzieller Spielraum bedeutet – neben einem Plus an Unabhängigkeit von staatlichem Einfluss – mehr Zeit für seine Kinder und in dieser Zeit der Zukunft unseres Landes (den Kindern) die Werte und Tugenden unseres Volkes zu lehren.

3. Doppelbelastung von Familien beenden

Neben den Beiträgen für die Rentenversicherung tragen Familien durch die Erziehung ihrer Kinder einen weiteren, gleichwertigen Anteil zur Sicherung unserer Altersversorgung bei. Diese Doppelbelastung hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach als Verletzung des staatlichen Schutzauftrages für die Familien gerügt. Wir fordern daher, durch eine Reform der Rentenversicherung – wie etwa die Einführung einer Kinder- und Jugendrente oder eines



Elternrentenkonto – einen sozial gerechten und verfassungskonformen Lastenausgleich für die Familien herzustellen.

4. Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung

Wir lehnen staatliche Bevormundung bei der Wahl der Betreuungsform ab, sei es durch gesetzliche Regelungen oder finanzielle Lenkungsmittel. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Eltern unabhängig von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen Freiheit bei der Wahl der Betreuungsform lassen. Dafür müssen bedarfsgerecht qualitativ hochwertige Betreuungsplätze in Kindergärten und Kitas, die an den Bedürfnissen der Kinder orientiert sind, zur Verfügung gestellt werden. Parallel dazu muss jedoch die familiäre Erziehung insbesondere der unter Dreijährigen in gleichem Maße finanziell gefördert werden wie die institutionelle Betreuung. Nur so erhalten Eltern wirkliche Wahlfreiheit.

5. Familienschutz statt Genderwahn

Eine Genderinspirierte Gleichstellungspolitik, die die durchgehende Vollerwerbstätigkeit beider Eltern als Idealbild anstrebt, lehnen wir ab. Alle Kinder haben das Recht, innerhalb ihrer Familie mit Vater und Mutter aufzuwachsen. Aufgabe der Politik ist es, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Alles, was Familien nicht stärkt, sondern schwächt oder zerstört, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Nicht zuletzt zeigt sich eine kinder- und familienfreundliche Politik auch in einem klaren Bekenntnis zum Wert des Lebens.

6. Ungeborenes Leben effektiv schützen

Wir wenden uns gegen ein Abtreibungsrecht, das den bloßen Willen der Mutter pauschal über das Recht des ungeborenen Kindes auf Leben stellt. Dahingehend ist § 218a StGB zu reformieren: Die aktuell gültige Fristenregelung erfüllt nicht ausreichend die aus der Menschenwürde des Grundgesetzes abgeleitete staatliche Verpflichtung zum Schutz ungeborenen Lebens. Deswegen fordern wir die Schaffung einer Indikationsregelung.

Abtreibungen dürfen nur dann straffrei sein, wenn ein triftiger Grund (Indikation) in der Abwägung zwischen dem Recht des ungeborenen Kindes auf Leben und dem Recht der Mutter auf Selbstbestimmung den Ausschlag gibt. Dies ist vor allem bei einer medizinischen Indikation (Gefahr für Gesundheit oder Leben der Mutter) der Fall; unter Umständen ist der Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen nach einem Beratungsgespräch auch bei kriminologischer (Vergewaltigung), eugenischer (schwerwiegende Behinderung des Kindes) oder sozioökonomischer (drohende Verwahrlosung des Kindes) Indikation nicht zu bestrafen. In jedem Fall muss der Staat Frauen zur Fortsetzung der Schwangerschaft ermuntern.

E. BILDUNG

Das Schulsystem hat nicht nur die Aufgabe, die zivilisatorischen Grundtechniken weiter zu reichen, sondern die Schüler zu freien und eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu erziehen. Ein Wertekanon, der sowohl Primär- als auch Sekundärtugenden umfasst, statt auf Floskeln von Toleranz und Offenheit aufzubauen, muss Grundlage unseres Bildungssystems sein und bleiben. Die Junge Alternative sieht hier das Schulwesen dem Allgemeinbildungsbegriff des deutschen Idealismus verpflichtet.

1. Bildung zwischen Tradition und Moderne – Digitalisierung fördern

Bildung kann nur gelingen, wenn die passenden Rahmenbedingungen geschaffen werden und der Ausgleich zwischen Tradition und Moderne geschaffen wird.

Wir stellen uns gegen den Reformwahnsinn der letzten Jahre. Bewährte Unterrichtskonzepte, wie der Frontalunterricht, dürfen nicht zugunsten von vermeintlichen Innovationen planlos über den Haufen geworfen werden. Vielmehr erfordert jede Veränderung vorherige Erprobung und wissenschaftliche Vorarbeit, sowie das notwendige Augenmaß.

Für einen zeitgemäßen Unterricht fordert die Junge Alternative ein flächendeckendes WLAN an staatlichen Schulen, analog zum „Eduroam“ an Hochschulen. Dies soll eine angemessene Nutzung zu Bildungszwecken gewährleisten. Lehrkräfte müssen umfangreich geschult werden, um die Chancen nutzen zu können, welche die Digitalisierung für ihren Unterricht bietet. Um die IT-Kompetenz der Schüler zu steigern, fordern wir die Einführung eines eigenständigen Faches, welches von Fachlehrern unterrichtet werden soll.

Die digitale Ausbildung sollte jedoch erst ab weiterführenden Schulen stattfinden. Klassische Bildungsprinzipien müssen gerade zu Beginn der schulischen Ausbildung ihren bewährten Rang und Stellenwert behalten.

2. Subsidiaritätsprinzip einführen

Die Junge Alternative bekennt sich zum freien Bildungswesen in Deutschland. Das Subsidiaritätsprinzip muss auch im Bildungsbereich Geltung erlangen: Schüler, Eltern, Lehrer und die Schulen selbst wissen am besten um die Bedürfnisse der Kinder und Lehrer. Die strukturelle und inhaltliche Autonomie von Privatschulen und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft wird ausdrücklich unterstützt.

Im Geiste des Grundgesetzes setzt sich die Junge Alternative für die Legalisierung von Alternativen zum herkömmlichen Schulbetrieb wie zum Beispiel „Homeschooling“ ein. Gleichzeitig müssen alle Schüler dieselben Chancen haben, gleich in welchem Bundesland sie leben. Bundesweite Bildungsstandards und einheitliche Abschlussprüfungen für staatliche und private Schulen müssen ausgeweitet werden. Kultushoheit darf nicht auf Kosten der Schülermobilität und Vergleichbarkeit gehen.



Die Junge Alternative spricht sich besonders für den flächendeckenden Erhalt des bewährten dreigliedrigen Schulsystems und des Förderschulwesens aus.

3. Ja zu unseren Farben – auch an der Schule

Neben dem Elternhaus ist die Schule die zweite prägende Institution für unsere Jugend. Um ein solidarisches Gemeinwesen herauszubilden, müssen auch Schulen zu einer positiven Identifikation mit unserem Land beitragen. Daher sollen auch nationale Symbole sichtbarer Teil des Schulalltags werden. Eine Beflaggung unserer Schulen sowie das Singen der Nationalhymne zu besonderen Anlässen, stiften Identität und sollten selbstverständlich sein.

4. Positives Bild der Bundeswehr an den Schulen

In Zeiten von zunehmendem Terrorismus und staatsfeindlichen Extremismus ist die Bundeswehr ein Garant unserer Verfassungsmäßigen Ordnung so wichtig wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Daher ist es wichtig, junge Leute für den Beruf des Soldaten zu begeistern und der heranwachsenden Generation zu vermitteln, welchen Einsatz die Bundeswehr für unser Leben in Freiheit und Sicherheit leistet. Um dieses Ziel zu erreichen sollen in Schulen regelmäßig Informationsveranstaltungen der Bundeswehr ermöglicht werden.

5. Verbeamtung der Lehrer abschaffen

Die Junge Alternative setzt sich für eine Abschaffung des Beamtentums für Lehrer, bei gleichzeitiger deutlicher Anhebung des Grundgehalts ein. Gute Lehrer von schlechten zu trennen, erfordert die Möglichkeit der Kündigung. Gleichzeitig erkennen wir den Anspruch des Berufes an und fordern eine deutlich bessere Bezahlung.

6. Lehrerausbildung reformieren

Der Unterricht ist nur so gut wie der Lehrer. Die Lehrausbildung ist deutlich praxisnäher zu gestalten. In der Praxis zeigt sich oft, dass die theoretisch erlernte Didaktik nicht ausreicht, um in der Realität vor einer Schulklasse zu bestehen.

Um dies zu verbessern, müssen frühzeitige und intensivere Trainings und eine umfassende pädagogische und psychologische Ausbildung erfolgen. Weiterhin muss ein Eignungstest für angehende Lehramtsstudenten eingeführt werden, welcher seinen Fokus auf das rhetorische Präsentieren von Inhalten legen soll.

Die Junge Alternative setzt sich für eine Reform der Lehrerausbildung ein. Weiterhin fordern wir ein Ende der Willkürherrschaft der Fachleiter und setzen uns für intersubjektive und einheitliche Prüfungs- und Ausbildungsanforderungen ein. Referendare müssen von Anfang an transparent und nachvollziehbar benotet werden.

Die Studienseminare müssen stärker kontrolliert werden. Zur Umsetzung sollen ein Qualitätsmanagement für Studienseminare sowie die stärkere Überprüfung der Fachleitereignung durchgesetzt werden. Studienseminare dürfen kein Abstellgleis für schlechte Lehrer sein.

7. Gender-Mainstreaming stoppen

Die Junge Alternative lehnt das radikale Gesellschaftsexperiment namens „Gender-Mainstreaming“ vollständig ab. Eine derartige Ideologie darf nicht Teil einer staatlichen Agenda werden; Sie ist nicht nur zukünftig zu verhindern, sondern in allen staatlichen Bereichen, in denen ihre Auswüchse bereits Eingang gefunden haben, vollständige rückabzuwickeln.

Während die Gleichberechtigung bzw. die tatsächliche Gleichbehandlung von Mann und Frau als biologische Geschlechter (engl. „sex“) zu fördern ist – obgleich es sich über die Instrumentarien zu deren Umsetzung lebhaft streiten lässt und insbesondere nur soweit naturgegebene Unterschiede nicht vollständig geleugnet werden – können die gender-theoretischen Bestrebungen nach einer Dekonstruktion der uns bekannten Gesellschaftsordnung durch die Definition eines neuen, sozialen Geschlechts (in diesem Sinne bezeichnet als engl. „gender“) nicht anerkannt werden.

Unter Geschlecht kann vielmehr nur das verstanden werden, was – bis auf wenige medizinische Einzelfälle ausgenommen – biologisch als solches zu erkennen ist: Mann und Frau; Diese Zwei Geschlechter sind naturbedingt aufeinander verwiesen und angewiesen. Soziale oder sexuelle Neigungen demhingegen können keinesfalls Teil einer sog. „Gleichstellungspolitik“ sein. Dass es zur Staatsaufgabe gehört, die Nichtdiskriminierung dieser unterschiedlichen Neigungen im Übrigen durchzusetzen, wird hierbei als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.

Die „Gender-Theorie“ ist insbesondere nicht im Rahmen des sog. „Mainstreamings“ in alle Gesellschaftsbereiche einzubringen, was im engen Zusammenhang mit der vielfach geforderten Frühsexualisierung ab dem Kindergarten bzw. der Grundschule im engen Zusammenhang steht. Die Unterrichtung über verschiedene Formen des Zusammenlebens (etc.) in einem angemessenen Ausmaß im Rahmen des Sexualkundeunterrichts und zuvorderst ab einem angemessenen Alter, bleibt hiervon unberührt.

Es ist zu befürchten, dass durch die Vermischung des biologischen Geschlechts (Mann und Frau) und der sexuellen Neigung die Entwertung der Grundlage unserer Gesellschaft, namentlich dem Verbund von Mann und Frau (als Familie), aus der Kinder hervorgehen können und die den Fortbestand des deutschen Volkes zu garantieren prädestiniert sind, über den Willen der erdrückenden Mehrheit der Bürger hinweg und zudem mit mangelnder demokratischer Legitimation, vorangepeitscht wird.

8. Duales Berufsbildungssystem fördern

Das deutsche Berufsbildungssystem ist im internationalen Vergleich einzigartig und weltweit Vorbild. Es schafft nicht nur einen hohen Praxisbezug in der Ausbildung, sondern garantiert auch die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems durch den Erwerb aller Schulabschlüsse. Die Junge Alternative setzt sich für den Erhalt sowie die weitere Anerkennung des Berufsbildungssystems ein. Schluss mit dem Akademisierungswahn. Die Politik muss einen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen, der die Aufwertung der dualen Ausbildung hervorbringt.



9. Experimente mit Grundschulern stoppen

In der Grundschule sollen die Schüler die elementaren zivilisatorischen Grundtechniken erlernen, ihre Heimat kennenlernen sowie sich an ein Leben in der Gesellschaft gewöhnen und Grundregeln menschlichen Zusammenlebens ausbauen. Alle Defizite, die sich in diesem jungen Alter auftun, können in den Folgejahren nur mühsam aufgeholt werden. Die Junge Alternative fordert darum die sofortige Abschaffung der Methode „Schreiben nach Gehör“ an staatlichen Schulen. Bewährte Unterrichtsmethoden müssen wieder verstärkt eingesetzt werden. Auswendiglernen, Kreativleistungen, Transferleistungen und Kopfrechnen fördern die kognitiven Fähigkeiten der Kinder und sind unverzichtbar. Die Schreibschrift als wichtiges Kulturgut muss erhalten bleiben.

10. Dreigliedriges Schulsystem beibehalten

„Jeder nach seinen Fähigkeiten.“ – Diesem Leitsatz ist das deutsche Schulsystem verschrieben. Dieses System hat Deutschland zur Weltspitze geführt. Die Junge Alternative setzt sich für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems ein und fordert das Ende der Einheitsschule. Dennoch kann vielfach nach der Grundschule nicht sicher über den weiteren Werdegang des Kindes entschieden werden. Darum setzt sich die Junge Alternative für eine gemeinsame Orientierungsstufe in den Jahrgangsstufen 5 und 6 ein.

11. Förderschulen beibehalten – Inklusion beenden

Besondere Schüler brauchen besondere Förderung. Das einzigartige Förderschulsystem in Deutschland muss erhalten bleiben. Die Junge Alternative lehnt die Inklusion ab, da sie die Lehrkräfte überfordert und sich lediglich auf das Unterrichten im selben Raum begrenzt.

F. HEIMAT, UMWELT & NATUR

1. Biodiversität und Artenvielfalt in allen Ökosystemen erhalten

Die Junge Alternative bekennt sich vollumfänglich zur Vielfalt von Tier- und Pflanzenleben in unseren Ökosystemen. In Europa ist der Bestand von circa 1/3 der Tierarten bedroht. Durch mehr geschaffene Schutzräume (Waldwildnis, Erweiterung, Schaffung von Naturschutzparks), aus denen sich der Mensch zurückzieht, kann sich ein Bestand natürlich stabilisieren und erholen. Eine Rückkehr großer Beutegreifer (wie etwa den Wolf) begrüßen wir, die wirtschaftlichen Folgen dieser Rückkehr müssen für Landwirte aber abgemildert werden. Bei zunehmendem Populationsdruck befürworten wir Regulierung der Wolfspopulation durch letale Entnahme.

2. Keine Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung

Wir stellen uns klar gegen eine Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung. Wasser ist ein Allgemeingut und soll es auch bleiben.

3. Gentechnisch veränderte Pflanzen und Lebens- sowie Futtermittel

Zum Schutz des natürlichen Ökosystems und der biologischen Landwirtschaft fordern wir strenge Prüfverfahren bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen. Die Auswirkungen von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und dadurch indirekt auch Futtermitteln auf die menschliche Gesundheit sind bisher nicht vollständig absehbar.

4. Rückbau der Windkraft und Schaffung zukunftsfähiger Energielieferanten

Windräder gefährden nicht nur den Lebensraum bedrohter Arten, sie führen ebenfalls zur Abholzung und Verunstaltung unserer Natur. Da sie, wie alle erneuerbaren Energieträger (mit Ausnahme der Wasserkraft), nicht zur dauerhaften bedarfsgerechten Netzspeisung beitragen, sind sie auch noch ineffizient und für die sichere Energieversorgung unbrauchbar.

Da Deutschland als Industrieland auf eine sichere sowie preiswerte Stromversorgung angewiesen ist, möchten wir eine Laufzeitverlängerung für die noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke erreichen, sowie den vereinzelt Bau neuer Anlagen auf dem aktuellsten Stand der Technik. Wir setzen uns für den Wiedereinstieg in die AKW-Forschung ein. Weiterhin muss die Forschung für Kernfusionskraftwerke massiv vorangetrieben werden.

5. Verbot von Tierversuchung in der Forschung außerhalb der Veterinär- und Humanmedizin

Die Junge Alternative fordert ein Verbot von Tierversuchen in der Forschung für z.B. für Kosmetik und andere in der Gesundheitsbranche nicht notwendige Waren und Produkte. Wir fordern weiter die Kennzeichnung solcher Produkte, wenn sie importiert wurden.



6. Bewusstsein für Tierschutz stärken

Die Junge Alternative setzt sich für die Aufnahme der Tier- und Umweltethik in den Religions- und Ethikunterricht an Schulen ein.

7. Schächten ausnahmslos verbieten

Die Junge Alternative setzt sich für ein ausnahmsloses Verbot des Schächtens ein. Import von Fleisch betäubungslos geschlachteter Tiere ist gänzlich zu untersagen. Tierquälerei ist in Deutschland strafbar und darf nicht aufgrund der Religionsfreiheit legalisiert werden.

8. Empfindliche Strafen für Tierquälerei

Die Junge Alternative setzt sich für ein härteres Strafmaß bei allen Formen des Delikts der Misshandlung von Tieren ein.

9. Förderung von ökologischen Alternativen zu Insektiziden

Hinsichtlich möglicher Verbote von Breitbandherbiziden und Insektiziden stellen wir fest: Wer eine Wirkgruppe verbietet, muss Alternativen schaffen.

Wir befürworten es daher, die landwirtschaftliche Beratungstätigkeit im Sinne eines integrierten Pflanzenschutzes vor Ort zu erhalten und gegebenenfalls auszubauen. Ausdrücklich setzen wir für die weitere Erforschung alternativer Möglichkeiten zur Schädlingsbekämpfung ein, um langfristig den Pestizideinsatz reduzieren zu können.

10. Abkehr von Kunststoffen aus fossilen Rohstoffen

Die Junge Alternative fordert sowohl aus ökologischer, als auch aus autarker Sicht, Biokunststoffe aus ökologisch nachwachsenden Rohstoffen zu produzieren.

Obschon die Vermüllung der Weltmeere mit Plastikabfall größtenteils in Asien und Afrika stattfindet, bahnt sich auch in der Bundesrepublik Mikroplastik den Weg in unsere Nahrung. Wir beobachten diesen Trend mit großer Sorge und setzen uns für die Forschung an kompostierbaren und ökologisch nachwachsenden Alternativen zu herkömmlichen Kunststoffen ein.

G. INNERES & RECHT

Es ist und bleibt erste Pflicht des Staates und seiner Regierung, Sicherheit und Ordnung innerhalb seiner Grenzen sicherzustellen. Dazu bedarf es nach rechtstaatlichen Maßstäben einer wirksamen Justiz und eines einsatzfähigen Polizeiapparates. Beide Säulen des Rechts müssen aufeinander abgestimmt sein und dürfen darüber hinaus die Bürger des Landes nicht in ihren Grundfreiheiten und Rechten beschneiden. Die mittels polizeilicher Kriminalstatistiken nachweisbare, stetig wachsende Ausländerkriminalität muss und kann flächendeckend beseitigt werden. Deutschland soll wieder nach deutschen Gesetzen in Einigkeit und Recht und Freiheit leben können.

1. Souveränität zurückgewinnen – Staatsgrenze schützen

Eine sofortige Schließung der Grenzen ist das einzig wirksame Mittel, um die ungeordnete Massenzuwanderung zu unterbinden. Weiterhin stellt sie einen validen Schutz vor Grenzkriminalität dar und leistet ihren Beitrag zur Terrorismusbekämpfung. Wir sehen es als Selbstverständlichkeit an, dass Deutschland souverän über seine Migration entscheidet und sich vor Kriminalität von außen schützt. Dies wird nur durch diese Maßnahme gewährleistet. Durch eine entsprechende Aufstockung des Bundesgrenzschutzes sollen Auswirkungen auf den Tourismus geringgehalten werden.

2. Polizei stärken

Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, ihrer Aufgabe wieder nachgehen zu können. Dafür ist eine bedarfsgerechte personelle Aufstockung nötig, ebenso wie eine Modernisierung der Ausrüstung und Bewaffnung. Unsere Polizei verdient es, bei der Bekämpfung der oft genug von der Politik verschuldeten Kriminalität mit voller Rückendeckung durch Regierung und Gesellschaft sowie mit der bestmöglichen Schutzausrüstung und Bewaffnung versehen zu sein. In diesem Zusammenhang ist auch eine bundeseinheitliche Besoldung der Polizisten einzuführen. Wir setzen uns für eine deutliche Steigerung des Gehalts von Polizisten ein.

3. Identifizierung von Asylbewerbern sicherstellen

Wir fordern die zweifelsfreie Identifizierung von Asylbewerbern, inklusive medizinischer Altersbestimmung von minderjährigen Asylbewerbern, sowie die Einhaltung des Dublin-Abkommens, nachdem jeder Flüchtling sich in dem Land zu registrieren hat, in welchem er einen sicheren (Dritt-)Staat betreten hat. Das geltende Recht ist auch in Bezug auf Abschiebungen konsequent anzuwenden und kriminelle Ausländer in ihre Heimatländer abzuschicken.

4. Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft

Eine Staatsbürgerschaft ist für uns kein Geschenk, sondern ein kostbares Gut der eigenen Identität. Diese Identität ist nicht aufspaltbar. Die Junge Alternative möchte deswegen die doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen. Im Rahmen der Abschaffung soll jenen mit doppelter



Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden, die rechtskräftig wegen eines Verbrechens verurteilt wurden, als islamistische Gefährder eingestuft werden oder bisher keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sind.

5. Mehr Sicherheit durch Verbot von Vollverschleierung

Die Junge Alternative setzt sich für ein Verbot der Vollverschleierung ein; Hierbei sind nicht nur die Formen mit expliziter Gesichtsverhüllung gemeint, sondern auch die weiträumige Verhüllung des restlichen Körpers inklusive der Haare. Derartige Vermummungen bieten die Möglichkeit, unerkannt zu bleiben und/oder Waffen bzw. Sprengstoff am Körper zu tragen. Ausnahmen bilden lediglich gesundheitliche und sicherheitsrelevante Gründe, sowie die Winterbekleidung. Das Tragen von Kopftüchern auf Ausweisdokumenten ist ebenfalls zu unterbinden. Kopftücher als solches sollen künftig in Gerichtsgebäuden und Schulen, sowie für Angestellte im öffentlichen Dienst generell verboten werden.

6. Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Arabische Clans, Rockerbanden und andere mafiöse Strukturen haben in Deutschland Hochkonjunktur. Die Junge Alternative erklärt kriminellen Organisationen den Kampf. Durch den Einsatz einer bundesweiten Sonderkommission aus Staatsanwälten, Ermittlern und Spezialeinheiten müssen diese Netze konsequent trockengelegt werden. Um den am Verfahren beteiligten Personen Sicherheit zu gewähren, ist ihre Identität zu verschleiern.

7. Justizwesen stärken

Der deutschen Justiz ist ihre Handlungsfähigkeit durch entsprechende personelle Besetzung sowohl in Staatsanwaltschaften, als auch in Gerichten, zurückzugeben. Zusätzlich ist Staatsanwälten endlich Unabhängigkeit von der Politik zu gewähren und ihre Weisungsgebundenheit aufzuheben. Staatsanwaltschaften müssen, wie Richter, unabhängig ihrem Dienst nachgehen können und brauchen keine Anweisungen, in welchen Fällen ein Verfolgungswille besteht und in welchen nicht.

8. Bürgerrechte stärken

Die Vorratsdatenspeicherung lehnen wir genauso ab, wie das sog. „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) und den Bundestrojaner. Maßnahmen wie diese laden nicht nur zum staatlichen Missbrauch ein, sie führen auch zu dem Verlust von Freiheit, welche sie zu bekämpfen vorgeben. In Frankreich hat sich gezeigt, dass die Vorratsdatenspeicherung kein wirksames Mittel der Verhinderung von Verbrechen ist. Weiterhin lehnen wir RFID-Chips und die Erfassung von Fingerabdrücken in Ausweisdokumenten, den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, die anlasslose Überwachung und den Trend zur Ausweitung der Videoüberwachung ab.

9. Kriminalisierung legaler Waffenbesitzer beenden

Eine weitere Verschärfung des Waffenrechtes lehnen wir ab. Die medienwirksame Kriminalisierung von Jägern und Sportschützen als potentielle Amokläufer und Kriminelle ist zu beenden. Da so gut wie keine Straftaten mit legalen Waffen begangen werden, liegen in dieser Hinsicht auch keinerlei Handlungsnotwendigkeiten vor. Das vernünftige deutsche Waffenrecht ist vor dem Zugriff ausufernder Brüssel-Gesetze zu schützen. Wir fordern eine Garantie für die Legalität von Selbstladewaffen.

Wir bekennen uns vorbehaltlos zur Jagd als wichtiger Beitrag zum Tier- und Naturschutz und fordern daher auch die Möglichkeit zum Erwerb sämtlicher notwendiger Waffen. Auch Sportschützen sollen unabhängig von ausufernder EU-Regulierungswut und der aus schlechtem Gewissen resultierenden Angst der Bundesregierung vor bürgerlicher Eigenständigkeit in Ruhe ihrem Sport nachgehen können.

Statt einer Kriminalisierung von Waffenbesitzern spricht sich die Junge Alternative für eine Liberalisierung des Waffenrechtes aus. Wir setzen uns dafür ein, die Selbstverteidigung mit Schusswaffen auch außerhalb von Haus und Hof auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, die den Leumund und die Eignung von Waffenbesitzern angemessen berücksichtigt.



H. MIGRATION

Die alles bestimmende Frage unserer Zeit ist die Migrationsfrage. In einer Welt, in der das Reisen und Umherziehen auch für die ärmsten und unterentwickeltesten Teile der Weltbevölkerung immer erschwinglicher wird, ist unsere gewachsene abendländische Kultur in einer Weise herausgefordert, die historisch einzigartig ist. Unsere Sprache und Kultur, Mentalität und Lebensart, unsere Traditionen, Sitten und Werte – kurzum alles, was unsere Identität als Deutsche ausmacht – werden durch Migranten, die sich nicht anpassen können oder wollen, zunehmend in Frage gestellt. Das herrschende linksliberale Establishment erkennt dies aber nicht als eine Gefahr an, sondern glaubt, dass offene Grenzen und eine schrankenlose Aufnahme von Migranten aus uns gänzlich fremden Kulturen zur „Bereicherung“ unserer Nation beitragen.

Der Willkommensbesoffenheit des linken Mainstreams setzen wir daher einen umfassenden scharfkantigen Gegenentwurf entgegen. Die Migrationspolitik, die wir fordern, setzt an die erste Stelle den kulturellen und ethnischen Erhalt des deutschen Volkes. Hierfür müssen drei Ebenen berücksichtigt werden: Wer zu uns kommen darf, wie eine gelungene Assimilation aussieht und natürlich auch wer uns wieder verlassen muss.

1. Deutsche Grenzen sichern

Jede Überlegung über ein funktionierendes Migrationssystem ist müßig, wenn die Vorgaben der Politik und der Gesetze nicht umgesetzt werden können. Die Wiederherstellung der Kontrolle über unsere Grenzen ist daher Ausgangspunkt jeder migrationspolitischen Überlegung – und im Übrigen auch ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit: Noch vor ein paar Jahrzehnten wäre es vollkommen zu Recht unvorstellbar gewesen, dass ein Staat, der diese Bezeichnung auch verdient, millionenfach den illegalen Grenzübertritt zulässt.

Wir als Junge Alternative fordern deshalb, dass die deutschen Grenzen wieder geschlossen und umfassend kontrolliert werden. Die Ein- oder Ausreise aus Deutschland soll nur noch an dafür vorgesehenen Grenzübergangspunkten möglich sein. Unsere Staatsgrenzen sind mit Hilfe von physischen Barrieren zu befestigen und abzuriegeln; Das Beispiel Israels oder auch die Schließung der Balkanroute bei Idomeni zeigen, dass Grenzbefestigungen hervorragend funktionieren, wenn man nur den erforderlichen politischen Willen hierfür aufbringt. Wer versucht, die deutsche Staatsgrenze illegal zu überqueren, ist zurückzuweisen.

Der europäische Grenzschutz kann eine sinnvolle Ergänzung zum nationalen Grenzschutz sein. Wir dürfen uns aber von der Bereitschaft anderer Staaten, die europäischen Außengrenzen zu schützen, nicht abhängig machen. Insbesondere muss Deutschland sofort aus dem Schengenabkommen austreten, um auch die innereuropäische Migration wirksam steuern zu können.

Ergänzt werden muss die Sicherung der deutschen Grenzen mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsoffensive. Angelegt an Australien sollte die Bundesregierung ganz klar an Menschen, welche beabsichtigen, illegal nach Deutschland einzureisen, kommunizieren: „NO WAY – you will not make Germany home“.

2. Trennung von Einwanderung und Asyl

Zwischen Einwanderung und Asyl ist strikt zu trennen: Migranten, die wir dauerhaft in Deutschland behalten wollen, weil wir uns Vorteile von ihnen versprechen, sind Einwanderer. Einwanderer sollen sich in die deutsche Kultur assimilieren und haben eine Perspektive darauf, dauerhaft in Deutschland zu bleiben.

Migranten, die in Deutschland Asyl erhalten, sind hingegen nur in unserem Land, um Schutz vor politischer, religiöser oder rassistischer Verfolgung zu erhalten. Sie dürfen nicht in Deutschland bleiben, sondern müssen unser Land nach Wegfall des Fluchtgrundes wieder verlassen. Ihr Aufenthalt ist nur temporär. Sie sind deshalb auch nicht zu „integrieren“.

Die Möglichkeit eines „Spurwechsels“, also Flüchtlingen, die in Deutschland sind und zu Einwanderern werden, lehnen wir grundsätzlich ab.

3. Einwanderungssystem nach deutschen Interessen

Für die Neuordnung der Zuwanderung nach Deutschland fordern wir als Junge Alternative ein Zuwanderungssystem nach dem Vorbild Japans. Die Devise lautet: Qualität statt Quantität.

4. Leitbild des assimilierten und loyalen Einwanderers

Wer nach Deutschland einwandert, tut dies mit der Perspektive, Deutschland als sein Vaterland anzunehmen. Deutschland muss daher von allen Einwanderern verlangen, sich angemessen zu assimilieren. Assimilation bedeutet dabei für uns eben nicht nur, dass jemand Deutsch spricht, keine Straftaten begeht und dem Grundgesetz Sympathie entgegenbringt. Assimilation bedeutet, dass jemand sich darüber hinaus soweit dem deutschen Volk und seinem Staat verbunden fühlt, dass er bereit ist, für sie einzutreten und unsere Identität an kommende Generationen so weiterzugeben, wie es autochthone Deutsche tun.

Schlusspunkt einer gelungenen Assimilation kann dabei der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft sein, als höchster Grad der Anerkennung, den unsere Nation zu vergeben hat. Es versteht sich dabei von selbst, dass die Staatsbürgerschaft Ausdruck eines engen Loyalitätsbandes zwischen dem eingewanderten Individuum und seines neuen Landes ist. Eine doppelte oder mehrfache Staatsbürgerschaft lehnen wir deshalb strikt ab.

5. Asylrecht in ein Gnadenrecht umwandeln

Unser Volk ist ein freundliches und großzügiges. Trotz der negativen Erfahrungen der letzten Jahre wollen wir daher das Asylrecht nicht vollständig abschaffen, sondern in einer deutlich reduzierten Form beibehalten.

Der weltgeschichtlich einzigartige Artikel 16a unseres Grundgesetzes, der nur Ausländern ein individuell einklagbares Grundrecht zuspricht, ist veraltet. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben das Asylrecht in unsere Verfassung für die verfolgten Genies und Dissidenten dieser Welt geschrieben, nicht aber für ganze Völkerscharen. Das Grundrecht auf Asyl im Grundgesetz muss daher abgeschafft werden.



Des Weiteren muss Deutschland, um seine Autonomie auf dem Bereich der Asylpolitik zurückzuerlangen, sich von seinen völker- und europarechtlichen Verpflichtungen in diesem Bereich so weit wie möglich lösen. Die Genfer Flüchtlingskonvention galt beispielsweise ursprünglich nur für die Flüchtlinge des Zweiten Weltkrieges. Ihre Beibehaltung im 21. Jahrhundert ist vor dem Hintergrund der globalen Armuts- und Wirtschaftsmigration unsachgemäß.

Das Asylrecht soll stattdessen ein rein mildtätiges Gnadenrecht unserer Nation werden, das vor keinem Gericht eingeklagt werden kann. Das bedeutet insbesondere, dass wir uns in Zukunft aussuchen dürfen, wen wir als Flüchtling aufnehmen und in welchem zahlenmäßigen Umfang das geschehen soll – und auch, dass wir den Aufenthalt in Deutschland jederzeit wieder beenden können.

Die Junge Alternative begrüßt in diesem Zusammenhang, dass in Zukunft bei der Auswahl von Flüchtlingen uns kulturell nahestehende Minderheiten bevorzugt aufgenommen werden. Hingegen sollte die Aufnahme arabischer bzw. muslimischer Flüchtlinge primär durch stabile Staaten mit vergleichbarer Kultur erfolgen.

6. Botschaftsasyl als einziger Zugangsweg ins deutsche Asylsystem

Es ist nicht hinnehmbar, dass der reguläre Modus, aufgrund dessen Asyl von Deutschland verlangt wird, darin besteht, dass jemand illegal die deutschen Grenzen überquert, um nachträglich mit der Stellung eines Asylantrages ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu erhalten.

In Zukunft muss daher bereits das Stellen eines Asylantrages an die Voraussetzung geknüpft werden, dass der Antragsteller die deutschen Staatsgrenzen nicht illegal überquert hat. Zu diesem Zwecke soll daher für Menschen, die kein Recht zur Einreise nach Deutschland haben, nur noch die Möglichkeit bestehen, Asylanträge in deutschen Botschaften und Konsulaten in den Herkunftsländern zu stellen.

Es versteht sich von selbst, dass weder Hunger noch Armut anerkannte Fluchtgründe sind. Im Rahmen der Prüfung von Asylanträgen sind aber nicht nur etwaige Fluchtgründe zu überprüfen, vielmehr ist schon vor Bewilligung des Asylantrages die Identität (vor allem das Alter) des Antragstellers zweifelsfrei festzustellen und unter Federführung der Sicherheitsbehörden ein Vorab-Screening auf mögliche Sicherheitsgefahren durchzuführen.

Den Familiennachzug für Flüchtlinge lehnen wir kategorisch und in jeder Form ab. Ob jemand einen berechtigten Grund hat, aus seinem Land zu fliehen, hat nichts mit dem Trauschein oder der Geburtsurkunde zu tun.

7. Heimatnahe Unterbringung von Flüchtlingen

Die Unterbringung von Flüchtlingen, deren Asylantrag bewilligt wurde, soll nur ausnahmsweise in Deutschland erfolgen und als besonderes Privileg ausgestaltet werden. Die meisten Flüchtlinge sind stattdessen bevorzugt in Flüchtlingslagern, die heimatnah und in sicheren Regionen liegen, unterzubringen.

Sollte ein Flüchtling in Deutschland selbst aufgenommen werden, so ist die Einreiseerlaubnis daran zu knüpfen, dass amtliche Dokumente und Papiere zum Reisen vorliegen. Bei Einreise

nach Deutschland sind diese Dokumente den Behörden zu übergeben und werden erst bei der Ausreise (oder Abschiebung) wieder ausgehändigt. So wird sichergestellt, dass Abschiebehindernisse minimiert werden.

8. Keine Verfestigung des Aufenthalts von Flüchtlingen in Deutschland

Alles, was darauf angelegt ist, Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland zu behalten und somit ihren Aufenthaltsstatus zu verfestigen, lehnt die Junge Alternative ab. Flüchtlinge sind nicht in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, sondern von Anfang an auf ihre Rückkehr in die Heimat vorzubereiten. Daher ist es ihnen Deutschland auch nicht schuldig, den Aufenthalt bei uns besonders „bequem“ zu gestalten.

In Deutschland aufgenommene Flüchtlinge erhalten Nahrung, Sicherheit und Obdach. Darüber hinaus sind sie aber nicht in das deutsche Sozialsystem zu integrieren. Die Versorgung von Flüchtlingen muss deshalb mit Sachleistungen erfolgen, nicht mit Sozialleistungen, die im Zweifel ihren Weg zurück in die Heimat finden.

Die Unterbringung von Flüchtlingen soll in Deutschland möglichst dezentral erfolgen. Die Junge Alternative befürwortet die Einführung einer allgemeinen Residenzpflicht für aller Flüchtlinge, um eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge im Bundesgebiet und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten.

Die Junge Alternative setzt sich dafür ein, das Asylrecht dahingehend zu verändern, um Kommunen die Möglichkeit zu geben, bei Bedarf eine Ausgangssperre zu verhängen.

Eine generelle Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge lehnen wir ab. Punktuell kann es aber auch im Sinne der Vermeidung kriminalitätsfördernder Unterbeschäftigung und Langeweile, sinnvoll sein, Flüchtlinge zu unentgeltlicher gemeinnütziger Arbeit anzuhalten, soweit hierdurch keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für deutsche Staatsbürger generiert wird.

Die Unterwerfung unter diese Maßnahmen ist dabei für keinen Flüchtling zwingend. Sollte er mit den in Deutschland aufgestellten Regeln für Flüchtlinge nicht einverstanden sein, kann er jederzeit aus dem Bundesgebiet ausreisen und Deutschland verlassen.

9. Staatsversagen beenden: Abschiebequote von 100 Prozent

Bevor man sich überhaupt über die Kriterien unterhält, nach denen bestimmte Migranten Deutschland wieder verlassen müssen, ist zunächst sicherzustellen, dass der Mechanismus zur Erzwingung einer Ausreisepflicht – die Abschiebung – wieder funktioniert.

Sowohl für Einwanderern als auch Flüchtlinge gilt dabei: Wer ausreisepflichtig ist und nicht freiwillig ausreist, muss so schnell wie möglich aus Deutschland abgeschoben werden. Es ist ein Ausdruck eines monumentalen Staatsversagens, dass wir in Deutschland aufgrund diverser Abschiebehindernisse nur einen Bruchteil derjenigen aus Deutschland fortschaffen, die schon längst nicht mehr hier sein dürften.

Wir fordern daher die weitestgehende Tilgung sog. „Abschiebehindernisse“ aus unserem Aufenthaltsrecht, nötigenfalls auch durch begleitende Änderungen des Grundgesetzes. Daneben sollen Abschiebungen auch mit bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und



aufnahmewilligen Drittstaaten, zum Beispiel durch Geldzahlungen, forciert werden. Stehen einer Ab-schiebung zwingendes Völkerrecht oder eine Verletzung der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes entgegen, kann insbesondere die Abschiebung in einen geeigneten Drittstaat etwaige Abschiebehindernisse umgehen.

Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar. Eine Abschiebequote von 100 Prozent muss daher von jeder gesetzlich handelnden Regierung ins Auge gefasst und forciert werden. In diesem Zusammenhang muss es auch eine deutliche Kampfansage an Menschen und Organisationen geben, die Abschiebungen aktiv behindern. Die ungesetzliche Behinderung einer Abschiebung ist zu einem Verbrechen zu erklären, und die Aktivitäten der Anti-Abschiebe-Industrie in Gestalt von Vereinen wie beispielsweise „Pro Asyl“ durch Aberkennung der Gemeinnützigkeit und einem Verbot der Auslandsfinanzierung zu erschweren.

10. Abschieds- statt Willkommenskultur

Die Junge Alternative für Deutschland fordert, dass folgende Gruppen von Ausländern ausnahmslos aus Deutschland ausgewiesen und nötigenfalls abgeschoben werden:

- Straftäter
- Gefährder
- Sozialfälle (Nicht-EU-Ausländer)

Diese Gruppen sind nicht nur eine Belastung für unsere Nation, sondern werfen auch ein schlechtes Licht auf die in Deutschland ansässigen Ausländer, die in Übereinstimmung mit unseren Gesetzen friedlich in Deutschland leben, unser Land und unsere Kultur respektieren und der Allgemeinheit nicht zur Last fallen. Wir brauchen daher für bestimmte Ausländer eine Abschiedskultur, keine Willkommenskultur.

Zusätzlich dazu fordern wir die Ausweisung von Flüchtlingen, bei denen kein Fluchtgrund mehr besteht. Dies ist beispielsweise auch schon dann der Fall, wenn einzelne Landesteile im Heimatland des Flüchtlings wieder sicher sind. Auch sollten Flüchtlinge ausgewiesen werden, welche sich nicht den Weisungen der Ausländerbehörden fügen (zum Beispiel Ausgangssperren missachten, die Residenzpflicht verletzen, etc.).

11. Bekämpfung von Fluchtursachen

Die deutsche Politik muss auf allen Ebenen darauf achten, dass Migrationsströme nach Deutschland und Europa nicht verstärkt, sondern so weit wie möglich reduziert werden. Insbesondere bei der Außenpolitik muss daher eine Destabilisierung anderer Länder durch kurzsichtige und undurchdachte Einmischungen vermieden werden.

Auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Bundesregierung die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerungsexplosion in Afrika und dem Nahen Osten eingedämmt wird und unkontrollierte Migrationsbewegungen schon außerhalb Europas unterbunden werden.

12. Minuszuwanderung

Die Junge Alternative fordert die Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit pro Jahr



I. ARBEIT & SOZIALES

Wir als Junge Alternative wollen einen schlanken Staat, der den Bürgern möglichst viel Freiraum für eigene Entscheidungen lässt.

1. Reform des Sozialgesetzbuches

Die Junge Alternative sieht sowohl Leistungsträger als auch Leistungsempfänger als mündige Bürger an. Infolgedessen spricht sie sich gegen einen allumfassenden Versorgerstaat aus, sondern fordert Eigenverantwortung und Freiheitlichkeit ein.

Somit wendet sie sich gegen Sanktionen bei Meldeversäumnissen im SGB III und SGB II, aber befürwortet simultan eine Verschärfung der Sanktionen bei Pflichtverletzungen des § 31 SGB II (z. B. bei fehlenden Eigenbemühungen, Nichtbewerbungen auf Vermittlungsvorschläge). Sanktionen sind bereits nach der ersten Pflichtverletzung einzuleiten, sie dürfen jedoch nicht zur Obdachlosigkeit oder dem Ausschluss aus der Krankenversicherung führen.

Nach weiteren Pflichtverletzungen sind die Geldleistungen in Sachleistungen umzuwandeln.

2. Sozialleistungen zuerst für Deutsche

Damit eine seit Jahrzehnten andauernde Immigration in den deutschen Sozialstaat endlich unterbunden wird, erachten wir einen grundsätzlichen Leistungsausschluss von Angehörigen eines anderen Staates von Sozialhilfeleistungen als unerlässlich.

3. Äquivalenzprinzip

Für uns gilt das Äquivalenzprinzip. Nichtselbständige ab einer Vorbeschäftigung von mindestens 10 Jahren sollten einen gestaffelten Anspruch auf ALG I von 2 Jahren erhalten. Der Anspruch auf ALG I beträgt 20% der Zeit durchgängiger Vollbeschäftigung; So hat man nach 25 Jahren ein Anspruch auf 5 Jahre ALG I. Dies kommt mitunter Bürgern zugute, die im höheren Alter in die Arbeitslosigkeit geraten.

4. Heimarbeit fördern

Als konservativ-liberale Jugendorganisation begrüßen wir Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, indem es Dank der Digitalisierung ein Ausbau von Home-Office-Arbeitsplätzen zu forcieren gilt.

5. Arbeitnehmer/Selbstständige im hohen Alter entlasten

Bürger, die oberhalb des Renteneintrittsalters noch beruflich tätig sind, wollen wir durch eine eigene Lohnsteuerklasse deutlich entlasten. Weiterhin entfallen die Sozial- und Rentenbeiträge. Gleichzeitig wird der erworbene Rentenanspruch durch weitere Tätigkeit jedoch nicht erhöht.

6. Transferleistungen für Deutsche

Wir fordern das Grundgesetz durch einen Artikel zu ergänzen, welcher den Staat und seine Regierungen dazu verpflichtet, die Zahlung von Sozial- und sonstigen staatlichen Transferleistungen an die deutsche Staatsbürgerschaft zu binden. Staatliche Transferleistungen an Nichtdeutsche sollen damit verboten werden.



J. WIRTSCHAFT

Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, die wie keine andere einen effizienten Einsatz der Ressourcen und die beste Befriedigung der Bedürfnisse ermöglicht. Eine Planwirtschaft ist hierzu nicht in der Lage – ihre Sozialingenieure, die Gesellschaft und Wirtschaft am Reißbrett planen wollen, leiden an einer Hybris, die sich als Anmaßung von Wissen bezeichnen lässt. Der Versuch, alles für wirtschaftliche Planung relevante Wissen zu zentralisieren, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, da die planende Stelle nie über alle relevanten Informationen verfügen kann, die für eine vernünftige Planung notwendig sind. Dies gilt im Informationszeitalter umso mehr. All die relevanten Informationen können am besten durch Marktprozesse ermittelt werden.

1. Grenzen der Marktwirtschaft

Allerdings stößt ein freier, ungezügelter Markt auch an seine Grenzen und droht in Chaos und Anarchie zu enden. Ein dogmatischer Glaube an den freien Markt übersieht, dass es auch Marktversagen gibt, nämlich dann, wenn Bedürfnisse und notwendige Leistungen durch den Markt nicht befriedigt bzw. erbracht werden können. In solchen Fällen hat der Staat das Marktversagen zu korrigieren. Das gilt etwa bei der Produktion von Sicherheit, sozialen Mindeststandards, der Wahrung einer Rechtsordnung, die Vertragsfreiheit, Eigentumsschutz und Haftung beinhaltet, der Erhebung von Steuern und der Bereitstellung von öffentlichen Gütern.

Die Junge Alternative spricht sich daher gegen die Privatisierung der Kernbereiche staatlichen Handelns aus.

2. Soziale Marktwirtschaft stärken – Überregulierung beenden

Im Zeitalter von schleichender Sozialdemokratisierung, Staatsquoten von über 50 Prozent, der Allmacht des Staates in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens, der korporatistischen Verflechtung von Großunternehmen und Staat und erdrückender Regulierungswut setzt sich die Junge Alternative für die Renaissance einer wirtschaftlichen Ordnung ein, die auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und ihrer ordnungspolitischen Vordenker aus Deutschland fußt: Das Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit wird mit dem des sozialen Ausgleichs verbunden.

3. Partikularinteressen zurückstellen

Ein zu fetter Sozialstaat neigt dazu, ständig Gruppenegoismen bedienen zu müssen, um sich besagte Gruppen gefügig machen zu können – seien es die Gender-Lobby, die Islamverbände etc. All das trägt nur zu einer weiteren Aufblähung des Sozialstaates und der Vernachlässigung ordnungsstaatlicher Kernaufgaben bei, was gesellschaftliche Konflikte und ein schlechtes sozioökonomisches Klima zur Folge hat, was wiederum unseren Wohlstand und unsere Prosperität gefährdet.

4. Ordnungsstaat statt Versorgungsstaat

Außerdem beraubt der gegenwärtig fehlerhaft konzipierte deutsche Versorgungsstaat die Gesellschaft ihrer Verantwortung, schwächt die menschliche Energie und unternehmerischen Elan und begünstigt das Aufblähen eines riesigen Staatsapparats, der mehr von bürokratischer Logik als von dem Bemühen beherrscht ist, den Empfängern zu dienen. Da sich alle darauf verlassen, dass der Staat sich um sie kümmert, werden konservative Werte wie Nächstenliebe und natürliche Institutionen wie die Familie zerstört. Was bleibt, ist der traurige Mensch als atomisiertes Individuum ohne Ordnung, Orientierung und Bindung.

Um dem Menschen wieder Ordnung, Orientierung und Bindung zu geben und wirtschaftliche Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und nachhaltig zu sichern, setzt sich die Junge Alternative gegen den fetten, zugleich aber schwachen Chaosstaats und stattdessen für einen starken, zugleich aber schlanken Ordnungsstaat ein, der sich auf seine wenigen Kernaufgaben beschränkt, diesen dadurch aber umso effizienter nachgehen kann und ansonsten freien Marktkräften die Möglichkeit bietet, sich produktiv zu entfalten. Er interveniert dann, wenn diese Marktkräfte destruktiv und zum Schaden deutscher Interessen wirken.

5. Entlastung des Mittelstandes

Die Junge Alternative fordert daher, dass die arbeitende Bevölkerung entlastet wird, sodass sich Leistung wieder lohnt. Steuern und Abgaben drücken den Lohn dergestalt, dass es sich für viele Menschen nicht mehr lohnt zu arbeiten. Das widerspricht dem Leistungsprinzip. Wer Müßiggang belohnt und Fleiß bestraft, wird am Ende mehr Müßiggang als Leistung ernten. Auch deshalb sollten die Steuerfreibeträge und die Grenze, ab der die Sozialversicherungsfreiheit greift, angehoben werden. Das würde niedrige Einkommen entlasten und Fehlanreize unterbinden.

6. Gerechtigkeits- statt Gleichheitsgebot

Die Junge Alternative fordert außerdem individuelle Gerechtigkeit anstelle sozialer Gerechtigkeit, die nichts anderes ist als ein undefinierter Begriff linker Sozialdemagogen. Individuelle Gerechtigkeit heißt beispielsweise, dass Höhe und Bezugsdauer staatlicher Sozialhilfeleistungen an die Einzahlungssumme und Einzahlungsdauer der Bezieher gekoppelt werden. Soziale Mindeststandards sind hingegen für alle Staatsbürger zu gewährleisten.

7. Absenkung der Mehrwertsteuer

Die Junge Alternative fordert eine Absenkung der Mehrwertsteuer. Das würde vor allem ärmere Menschen und Geringverdiener entlasten, da diese einen höheren Anteil ihres Geldes wieder ausgeben müssen.



8. Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Die Junge Alternative fordert eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Dies würde vor allem den Mittelstand entlasten. Um selbstständige Kleinunternehmer zu entlasten, ist die Grenze, ab der die Umsatzsteuer greift, auszuweiten.

9. Abschaffung des EEG

Die Junge Alternative fordert eine Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Dieses ist mitverantwortlich für steigende Strompreise, die sowohl die KMUs, als auch ärmere Bevölkerungsschichten besonders treffen.

10. Souveränität deutscher Handelspolitik

Die Junge Alternative fordert eine souveräne Handelspolitik. Freihandel ist gut für Deutschland und senkt die Preise für den Verbraucher. Problematisch aber ist, dass Deutschland keine Hoheit mehr über seine Handelspolitik hat. Das Recht, beispielsweise Freihandelsabkommen abzuschließen, liegt bei der Europäischen Union. Hier muss im nationalen Interesse Deutschlands ein Rückbau der Kompetenzen Brüssels erfolgen: Statt sich überambitionierte Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA aufzwingen zu lassen, sollte jeder EU-Mitgliedsstaat wieder selbst eine eigene Handelspolitik machen dürfen.

K. DIGITALISIERUNG

1. Netzneutralität

Die Junge Alternative setzt sich für eine gesetzliche Festschreibung des Prinzips der Netzneutralität ein, um Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit zu sichern und die Innovationsfähigkeit des Internets zu erhalten. Es liegt im Interesse der deutschen Verbraucher und Wirtschaft die Netzneutralität zu bewahren da sie ein zentraler Bestandteil der Infrastruktur ist, in dem deutsche „StartUps“ und junge Unternehmen den gleichen Voraussetzungen unterstehen wie die US-amerikanischen Marktführer.

2. Abschaffung des Leistungsschutzrecht

Das deutsche Leistungsschutzrecht, dass die Verlage und Kreativen vor der Ausbeutung durch internationale Konzerne hätte schützen sollen, hat sich als eine Innovationsbremse für junge Unternehmen und „StartUps“, aber auch als Ärgernis für Verbraucher in Deutschland herausgestellt. Die großen deutschen Verlage erteilen internationalen Konzernen Freibriefe für die Nutzung ihrer Inhalte in deren Nachrichten-Portalen, kleine Verlage und Dienstleistungs-Anbieter für Verbraucher können hierfür aber nicht die notwendigen bürokratischen und/oder finanziellen Voraussetzungen erfüllen. Wir fordern eine ersatzlose Abschaffung des Leistungsschutzrechts und lehnen ein europäisches Leistungsschutzrecht ab.

3. Offene Netzwerke fördern

Wir unterstützen den Aufbau von freien Netzwerken durch Bürger wie etwa die Freifunk-Initiative und fordern die Schaffung von offenen Netzwerken in öffentlichen Einrichtungen. Durch diese Netzwerke soll ein kosten- und hürdenfreier Zugang zum Internet an Orten zur Verfügung gestellt werden, an denen kein oder nur ein schlechter Internetzugang – etwa -kostenpflichtig und durch Datenvolumen beschränkt über die mobile Datenverbindung – bereitgestellt wird. Zur Verwirklichung dieser Ziele sind rechtliche Vereinfachungen sowie staatliche Förderungen anzustreben.

4. Förderung von freier Software

Die Junge Alternative setzt sich für die Förderung von freier und quelloffener Software ein. Wir fordern den Einsatz und die (Weiter-)Entwicklung freier Anwendungen im öffentlichen Bereich. Diese Investitionen und die daraus resultierenden Produkte dienen nicht nur dem Staatswesen, sondern auch seinen Bürgern

5. Digitalisierung der Verwaltung

Um die Verwaltung ins 21. Jahrhundert zu befördern, bedarf es einer Digitalisierungsoffensive. Fachverfahren (Verarbeitung aller Vorgänge innerhalb von Behörden), sowie die Antragsstellung durch den Bürger müssen hier besonders ins Auge gefasst werden. Es ist ein



Verfahren zu entwickeln, welches den Austausch der zur Bearbeitung notwendigen Daten, im Rahmen der geltenden Gesetze nach Zustimmung des Bürgers, zwischen den Behörden ermöglicht.

Dass ein Kind nach der Geburt im Standesamt und bei der Familienkasse einzeln angemeldet werden muss, ist ein unnötiger bürokratischer Umweg, der auch unter Wahrung des Datenschutzes vereinfacht werden kann und sollte.

Die Digitalisierung der Verwaltung scheitert oft schon auf der Ebene der Kommunen. Wenn Datenbestände schon digitalisiert sind, dann oft auf Grundlage völlig unterschiedlicher Softwaresysteme. Es müssen folglich einheitliche Standards geschaffen werden, die bundesweit in den Behörden Anwendung finden.

Amtsgänge wie Registrierungen und Anträge müssen grundsätzlich online möglich gemacht werden. Auch wenn die Kosten für die Umstellung einmalig hoch ausfielen, wären die Ersparnisse für Staat und Bürger auf Dauer enorm.

6. Blockchain als zukunftsweisende Technologie erkennen

Die Blockchain ist zweifellos eine der zukunftsweisenden Technologien des 21. Jahrhunderts. Neben der Dezentralität, der Unveränderlichkeit und der Transparenz spielt auch die hohe Geschwindigkeit eine tragende Rolle. Die Blockchain wird nicht nur den Finanzsektor und das Vertragswesen revolutionieren, sondern auch weit darüber hinaus den Alltag jedes einzelnen begleiten. Deutschland muss in diesem Bereich der globale Spitzenreiter werden und als Innovationsmotor agieren. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken ist es daher dringend notwendig, Rahmenbedingungen für ein Studienangebot zu schaffen.

7. Breitbandausbau

Möglichst schnelle und weit verbreitete Internetanschlüsse sind für unsere Wirtschaft von essentieller Bedeutung. Deutschland kann es sich nicht leisten ein digitales Entwicklungsland zu bleiben. Ziel des Ausbaus des Breitbandnetzes muss es sein, flächendeckend und gerade im ländlichen Raum mindestens 1 Gigabit/Sekunde zu erreichen.

Generell müssen die Bewilligungsverfahren für Fördermittel dringend vereinfacht und beschleunigt werden und dürfen in Zukunft ausschließlich an Netzausbauprojekte vergeben werden, die einen kompletten Glasfaserausbau anstreben. Zudem ist die Aufrüstung der Netze gerade im ländlichen Raum durch Steuererleichterungen für willige Anbieter zu unterstützen.

8. Rücknahme des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

Das sog. „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) ist ein entscheidender Einschnitt in die persönliche Freiheit jedes Bürgers. Es gehört ersatzlos abgeschafft.

L. WISSENSCHAFT & HOCHSCHULPOLITIK

1. Freiheit des Wortes, der Forschung und der Meinung bewahren

Die deutsche Hochschullandschaft blickt auf eine stolze Geschichte in Freiheit und Vielfalt zurück. Hochschulen stehen wie keine andere Institution für die Freiheit des Denkens, der Forschung und der Lehre, und sie sollen auch in Zukunft ein Ort des freien Wortes und der Debatte sein. Hochschulen sollen sich in ihrer Tätigkeit vom Geiste der Freiheit leiten lassen und der Pflege und Entwicklung der Wissenschaft und der Künste durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung dienen. Eine Beschneidung dieser Freiheit durch Denk- und Sprechverbote lehnt die Junge Alternative entschieden ab. So sprechen wir uns entschieden gegen die Einführung von sogenannten Zivilklauseln aus. Auch in der Hochschulpolitik muss das Leistungsprinzip wieder Kern des Denkens sein – die generelle Abwärtsspirale bei den Anforderungen an die Studenten muss beendet werden.

2. MINT-Fächer stärken

Deutschlands Wirtschaft und ihre Stärke beruht auf der Kompetenz seiner Bürger, besonders in den Fachbereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächer). Nur durch eine finanzielle Förderung dieser Disziplinen an Universitäten, Forschungseinrichtungen und Schulen kann unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausgebaut werden. Die ideologisch-fehlgeleitete Subventionierung der Sozialwissenschaften führt dazu, dass junge Absolventen den Anforderungen des Arbeitsmarkts immer weniger gerecht werden können. Hier bedarf es dringend einer Umschichtung zu Gunsten einer zukunftsfähigen Bildungspolitik.

3. Ja zu Universitäten als Elitenschmieden

Immer mehr Schulabgänger entschließen sich, an einer Universität oder anderen höheren Bildungseinrichtung zu studieren. Der Massenansturm auf die Universitäten führt zu einer Herabsetzung des Niveaus der Forschung und Lehre. Immer weniger Professoren müssen eine stetig wachsende Zahl von Studenten betreuen und haben immer weniger Zeit für die eigene Forschung. Um dieser massiven Aufnahme von Schulabgängern sowie hohen Abbrecherquoten an Universitäten Einhalt zu gebieten, sind Einstufungstests an Universitäten einzuführen.

4. Mehr Studienplätze für Mangelberufe

Wir fordern, dass in den Berufen, in denen Mängel bestehen, wieder mehr Studienplätze geschaffen werden. Es kann nicht sein, dass tausende Studenten keinen Platz im Medizinstudium erhalten, aber aufgrund des Ärztemangels regelmäßig versucht wird, ausländische Kräfte anzuwerben. Wir fordern: In den Universitäten müssen die Studienplätze in Mangelberufen und außerhalb mit Priorität an deutsche Abiturienten vergeben werden.



5. Gescheiterte Strukturreformen beenden

Die Neustrukturierung der Studiengänge im Rahmen des sog. „Bologna-Prozesses“ hat vor allem in der Lehre die traditionellen Stärken der deutschen Universität durch überbordende Bürokratie schwer beschädigt. Entgegen der ursprünglichen Absicht hat der „Bologna-Prozess“ zu einer Verschlechterung der Vergleichbarkeit von Abschlüssen, zu geringerer Mobilität und zu einer weitgehenden Verschulung des Studiums geführt. In vielen Fächern ist der Bachelor zwar formal ein berufsqualifizierender Abschluss, faktisch jedoch ohne das vertiefende Master-Studium weitgehend unbrauchbar. Die Junge Alternative steht für eine Stärkung der Autonomie der Deutschen Hochschulen. Wir möchten eine Abkehr des Bachelor- und Master-Systems und zurückkehren zu den Qualitätsabschlüssen Master und Diplom.

6. Hochschulfinanzierung langfristig gewährleisten

Eine politisch verordnete Akademikerquote hat zu immer größeren Massenuniversitäten und zur Verflachung von Studieninhalten geführt. Die Finanzierung der einzelnen Fachbereiche ist inzwischen vor allem davon abhängig, dass eine immer größere Anzahl von Studenten angenommen und bis zum Examen „durchgeschleust“ wird. Die Junge Alternative setzt sich hingegen für die Verstärkung des universitären Lehrpersonals inklusive der studentischen Hilfskräfte und für eine feste und langfristige Finanzierungszusage an die Universitäten ein. Nur so werden die Universitäten als unabhängige Forschungsinstitutionen vor der Abhängigkeit von Drittmittelgebern geschützt.

7. Zugangsmodalitäten überprüfen

Aufgrund einer nachweisbaren, fortschreitenden Senkung des Leistungsniveaus von Abiturienten, ist der reine Notenschnitt keine ausreichende – weil nicht aussagekräftige – Hochschulzugangsberechtigung mehr. Die Junge Alternative spricht sich deshalb für eine umfassende Überprüfung der zukünftigen Bedeutung des sog. „numerus clausus“ als Hochschulzugangsberechtigung und für die Einführung von Eignungsprüfung für bestimmte Studiengänge aus.

8. Finanzierung des Studiums: BAföG familienfreundlicher gestalten

Das BAföG ist dafür gedacht, eine individuelle Ausbildungsförderung zu ermöglichen, wenn dem Auszubildenden – meistens dem Studenten – „die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.“ (§ 1 BAföG). Die Junge Alternative spricht sich deshalb für eine fortdauernde Prüfung und für eine Dynamisierung der Anpassung der Bedarfssätze bzw. der Einkommens- und Elternfreibeträge im Sinne des BAföG aus.

Am grundsätzlichen Charakter des BAföG als Darlehen sowie an der zeitlichen Begrenzung der Förderung halten wir als Junge Alternative zwar fest, weil diese die letzten Garanten für die Einhaltung der Regelstudienzeiten an deutschen Hochschulen sind; Wir fordern jedoch eine stärkere Berücksichtigung des Studiums mit Kindern oder bei gleichzeitiger Pflege von Angehörigen bei der Berechnung der Förderungsdauer.

Wir setzen uns überdies für eine Befreiung von Studenten von der Zweitwohnsitzsteuer, für die Umsetzung des § 46 Abs. 1 Satz 2 BAföG (elektronische Antragsstellung der BAföG-Förderung) in allen Bundesländern und für die Möglichkeit, auch die Kosten eines Erststudiums als Werbungskosten im Rahmen der Steuererklärung geltend zu machen.

9. Studentenvertretungen reformieren

Die Junge Alternative steht für eine Rückbesinnung der Allgemeinen Studentenvertretungen bzw. der Studentenparlamente auf ihre eigentlichen Aufgaben als Vertreter der und Dienstleister für Studenten. In Partnerschaft mit Studentenwerken und Hochschulen und im Sinne des Hochschulpolitischen Mandats, haben sich Studentenvertretungen auf folgende Aufgaben zu konzentrieren: Vertretung der Gesamtheit der Studenten, Wahrnehmung hochschulpolitischer Belange der Studenten und Wahrnehmung der fachlichen, sozialen und kulturellen Belange der Studenten.

In diesem Sinne ist die fortdauernde Pervertierung des hochschulpolitischen Mandats für allgmeinpolitische Positionierung seitens der Studentenvertretung umgehend zu beenden. Studenten ist im Hochschulgesetz im Übrigen eine Möglichkeit zum Austritt aus der verfassten Studentenschaft einzuräumen. Die Junge Alternative fordert zudem ein Ende der Diskriminierung und Diskreditierung von Studentenverbindungen.

10. Keine Zivilklauseln an den Universitäten

Wir lehnen politisch motivierte Eingriffe in die Forschung und Lehre ab. Für demokratische Gesellschaften und ihre Universitäten ist das inakzeptabel. Forschungsergebnisse, die zur Sicherheit unserer Bundeswehr beitragen, helfen dabei, Leben im Einsatz zu retten und sichern letztendlich den Fortbestand unseres Vaterlandes.



M. RENTE

Die Junge Alternative will durch eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaftspolitik die gesetzliche Rentenversicherung wieder tragfähig machen. Bis dahin soll eine Mindestrente von 1.000 Euro für unsere Eltern und Großeltern eine menschenwürdige Existenz sicherstellen. Eine Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir ab.

1. Gesetzliche Rentenversicherung stärken

Die Junge Alternative will das System der gesetzlichen Rentenversicherung stärken. Es stellt eine Errungenschaft der Bismarck'schen Sozialpolitik dar und hat über Jahrzehnte hinweg gut funktioniert. Seit fast 130 Jahren leistet die gesetzliche Rentenversicherung unserem Volk große Dienste. Sie war immer ein Fels in der Brandung und zahlte während und nach Weltkriegen, während und nach Hyperinflation und während und nach der Teilung unseres Vaterlandes. Sie zahlte unabhängig von Währungsreformen und im Übrigen auch unabhängig von dem bereits mehr als 100 Jahre stattfindenden demographischen Wandel.

2. Mindestrente garantieren

Der Umstand, dass unsere Eltern und Großeltern, die unser Land aufgebaut und über viele Jahrzehnte hart gearbeitet haben, eine so niedrige Rente erhalten, dass sie nach dem SGB II aufstocken müssen, ist für uns unerträglich. Deshalb fordern wir eine Mindestrente von 1.000 Euro. Um diese garantieren zu können, wird in den nächsten Jahren eine Aufstockung der Rentenkasse aus dem Staatshaushalt erforderlich und unabdingbar sein.

3. Lebensleistung von Eltern würdigen

Außerdem braucht es innerhalb des umlagefinanzierten Rentensystems strukturelle Veränderungen zu Gunsten von Eltern. Denn die gesetzliche Rentenversicherung würdigt aktuell die Lebensleistung von Eltern nicht hinreichend. Eltern finanzieren als abhängig Beschäftigte durch ihre Sozialversicherungsbeiträge die Renten ihrer Eltern und Großeltern. Zugleich erhalten sie das umlagefinanzierte Rentensystem durch das Großziehen eigener Kinder. Tatsächlich erhalten Eltern aber später oft effektiv geringere Renten als Personen ohne Kinder. Dass Kinder – obwohl von ihnen die künftige Existenz des Rentensystems abhängt – zum Altersarmutsrisiko werden, kann nicht sein.

4. Keine Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung

Die Lösung für die Probleme aller Sozialversicherungen, einschließlich der Rentenversicherung, liegt in gutbezahlten Vollzeitarbeitsplätzen, einem weiterhin ordentlichen Produktivitätsfortschritt und einer ebensolchen Lohnentwicklung.

Eine Umstellung auf ein rein privates Rentenversicherungssystem lehnen wir ab. Die Erfahrung mit der Rürup- und Riester-Rente sowie mit anderen anlagebasierten

Finanzinstrumenten hat gezeigt, dass die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit gerade in Krisenzeiten nicht ausreichend ist, um die Altersvorsorge eines gesamten Volkes zu gewährleisten. Zudem besteht die Gefahr, dass dies zu einer Entlastung des Arbeitgebers und weiteren Belastung des Arbeitnehmers in Rentenversicherungsfragen führen könnte.

Die tatsächliche Auszahlungshöhe der kapitalgedeckten Altersvorsorge hängt im Wesentlichen von den Entwicklungen der internationalen Finanzmärkte ab. Der reale Wert der privaten Vorsorge ist daher nicht vorhersagbar. Die Risikoanfälligkeit kapitalgedeckter Rentensysteme in Nullzinsphasen, Finanz- und Wirtschaftskrisen ist zu groß.



N. AUßENPOLITIK

Die Junge Alternative sieht die Ressorts Außen- und Verteidigungspolitik sowie Entwicklungshilfe als drei verbundene Instrumente, die zuerst der Verfolgung deutscher Interessen dienen.

Als klassische Macht der Mitte liegt das Schicksal unseres Volkes in einer multipolaren Welt vor allem darin, gleichzeitig unseren Nachbarn Schutz und Hilfe zu gewähren und mit den großen Mächten der Welt in freundlicher Distanz zu agieren. Wir sprechen uns daher mittelfristig für den Austritt aus der NATO aus. Grundvoraussetzung ist neben einer selbstbewussten politischen Führung auch ein zielgerichteter Einsatz aller Mittel. Entwicklungshilfe im Sinne einer Gießkannenpolitik etwa ist sofort zu beenden.

Die Geschichte hat große Teile unseres Volkes über die ganze Welt verstreut. Die Bundesrepublik hat als Schutzmacht aller deutschen Minderheiten weltweit zu agieren. Ob in Südamerika oder im Baltikum: Alle Deutschen müssen auf den Rückhalt der Heimat zählen können. Dies stets im Einklang mit den Regierungen und Verwaltungen der entsprechenden Länder. Deutsche Minderheiten sind weltweit leistungsstarke Boten eines selbstbewussten und freundlichen Volkes.

1. Ehrlicher Makler in Osteuropa

Wir wollen außenpolitisch in Osteuropa an das Diktum Bismarcks von Deutschland als dem „ehrlichen Makler“ anknüpfen.

Wir respektieren das Sicherheitsbedürfnis der osteuropäischen Staaten und die Sicherheitsinteressen Russlands gleichermaßen. Aus dieser Position der verständigen Neutralität möchten wir uns als diplomatischer Vermittler zwischen beiden Seiten betätigen. Wir erkennen Kraft des Faktischen die Zugehörigkeit der Krim zur Russischen Föderation an. Wir bekennen uns aber auch zur Unabhängigkeit der Ukraine und der baltischen Staaten.

Die Beziehungen zu Russland sind zu normalisieren und die Sanktionspolitik zu beenden.

2. Festung Europa

Die Anrainerstaaten des Mittelmeers spielen eine vitale Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik der BRD.

Über das Mittelmeer findet der größte Teil der Massenmigration nach Deutschland statt. Die Junge Alternative sieht es im Interesse Deutschlands, in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern die illegale Migration via Mittelmeer nach Europa unter Einsatz der deutschen Marine zu unterbinden. Angesichts des Bevölkerungswachstums vor allem in Afrika liegt es im elementaren Interesse Europas, dass diese Staaten langfristig wirtschaftlich stabil werden und sich selbst tragen können.

3. Kein EU-Beitritt der Türkei

Die Rolle der Türkei in der Region ist die eines expansiven Aggressors, der sowohl mittelbar deutsche Bündnispartner bedroht, als auch den Nahen Osten, insbesondere Syrien, destabilisiert. Die Interessen der Türkei richten sich fundamental gegen deutsche Interessen in der Region, wir sprechen uns daher gegen die Mitgliedschaft der Türkei in Europäischer Union, als auch in der NATO aus.

4. Beziehungen nach Südamerika stärken

Deutschland hat historisch in Südamerika einen sehr guten Ruf als innovative Exportnation. In den letzten Jahren hat das Engagement der Bundesrepublik in den wirtschaftsstarke Nationen Südamerikas aber enorm nachgelassen. Gerade vor dem Hintergrund der sich rapide verändernden, multipolaren Welt sind verlässliche Partner in Übersee aber von großer Bedeutung. Wir fordern das kultur- und bildungspolitische Engagement der Bundesrepublik in Südamerika wieder zu verstärken, sowie die wirtschaftspolitische Kooperation auszubauen.

5. Minderheiten im südlichen Afrika schützen

Auch im südlichen Afrika glänzt die Bundesrepublik durch Abwesenheit. Dies ist umso schlimmer, als die dortige deutschstämmige Minderheit in Namibia unter großem Druck der Mehrheitsgesellschaft steht. Auch in Südafrika muss dem schleichenden Genozid an den Buren Einhalt geboten werden. Wir befürworten deswegen Sanktionen gegen Südafrika, solange dort rassistisch motivierte Enteignungen und Verfolgungen an der Tagesordnung sind. Völkerrecht kennt keine Hautfarbe.

6. Gleichgewicht in Zentralasien stärken

Die Aktivitäten der Volksrepublik China in Zentralasien im Rahmen der „neuen Seidenstraße“ bedürfen unserer Aufmerksamkeit. Jede Infrastrukturmaßnahme der chinesischen Regierung birgt in sich auch die Gefahr einer Verschiebung des globalen Mächtegleichgewichts. Wir bekennen uns ausdrücklich zu guten Beziehungen mit Peking, sofern die Interessen unseres Volkes darunter nicht leiden.



O. VERTEIDIGUNG

Die Junge Alternative sieht Verteidigungspolitik als Kernaufgabe des Staates. Eine Nation, die nicht wehrhaft ist, hat sich bereits selbst aufgegeben und kann nicht mehr lange existieren.

1. Schutz deutscher Souveränität

Die Bundeswehr und die nationalen Geheimdienste sind Garant für eine erfolgreiche Außenpolitik und Schutz unserer wirtschaftlichen Interessen. Der Dienst in der Bundeswehr ist Dienst am Deutschen Volk. Darum gilt für uns: Aufgaben deutscher Streitkräfte sind allein der Schutz unserer Außengrenzen und unserer Souveränität, die Wahrung unserer Handelsrouten und die Katastrophenhilfe im Inland.

Alleinige Aufgabe deutscher Streitkräfte ist die Verteidigung des bundesdeutschen Staatsgebiets gegen Angriffe von außen sowie die Verfolgung deutscher Interessen im Ausland. Die Bundeswehr ist weder Hilfspolizei, noch Technisches Hilfswerk. Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren darf nur unter der Maßgabe eines nationalen Notstands erfolgen. Einen Einsatz der Bundeswehr als innenpolitischer Lückenbüßer lehnen wir ab.

2. Erhöhung der Rüstungsausgaben

Oberste Maxime freiheitlicher Politik muss sein, die Bundeswehr wieder in die Lage zu versetzen, dieser Aufgabe nachzukommen. Der bisherige Investitionsstau der Bundeswehr allein bei den Liegenschaften umfasst bereits das Mehrfache des jährlichen Verteidigungshaushalts.

Wir sprechen uns daher für eine Erhöhung des Verteidigungsetats auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Desweiteren streben wir eine Eigenständigkeit in der Produktion von zentraler Rüstungsgütern an. Dies soll schrittweise innerhalb einer Legislaturperiode geschehen.

3. Ersatzteilmangel beenden

Wir fordern die Überprüfung aller bestehenden Rüstungsverträge mit den entsprechenden Produzenten und Lieferanten sowie die Wiedereinführung des Depotwesens, um nachhaltige Ersatzteilversorgung und Einsatzversorgung der Bundeswehr im Verteidigungsfall sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass weite Teile der Ausrüstung kannibalisiert werden, weil es an Ersatzteilen mangelt.

4. Wehr- und Zivildienst ist Dienst an der Nation

Die Junge Alternative bekennt sich zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Diese soll ergänzt werden durch eine Verpflichtung zum Zivildienst, sofern der Wehrpflicht aus körperlichen Gründen oder persönlicher Überzeugung nicht durchgeführt werden kann.

Eine „Armee des Volkes“ kann die Sicherheit des Volkes nicht nur numerisch, sondern auch charakterlich besser schützen. So ist es deutlich unwahrscheinlicher, dass es gegen sich selbst eingesetzt wird.

Um die Ungerechtigkeit hinsichtlich der alten Regelung zu verhindern und dem Pflegenotstand entgegenzuwirken, sehen wir den Zivildienst als nicht minder ehrenvolle Aufgabe künftig ersatzweise als verpflichtend an.

5. Tradition mit Zukunft

Wir sprechen uns für einen bewussten und ehrlichen Umgang mit der deutschen Militärvergangenheit aus und wenden uns gegen jegliche Bilderstürmerei. Der sog. „Traditionserlass“ von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist rückgängig zu machen.

Zuletzt nur noch dem Gewissen verantwortlich, haben sich Soldaten der Wehrmacht, zum Beispiel die Helden des 20. Juli um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Widerstand gegen Unrecht und Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bis zur letzten Konsequenz bewährt.

6. Verteidigungsfähigkeit in der Fläche erhöhen

Wir fordern, dass Deutsche nach Ende ihres Militärdienstes ihr Dienstgewehr kostenfrei übernehmen dürfen. Dies erhöht den Waffenbesitz bei verantwortungsvollen und im Umgang mit Waffen ausgebildeten Menschen und stärkt somit die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands in der Fläche. Im Rahmen eines mindestens einjährigen Militärdienstes wird die entsprechende gesetzliche Voraussetzung für das Besitzen dieser Waffe erworben.

7. Lützows wilde, verwegene Jagd!

Im internationalen Vergleich wird sowohl der große, als auch kleine Dienstanzug der großen deutschen Militärgeschichte nicht gerecht. Wir fordern die Einführung eines Waffenrocks für entsprechende Anlässe, der sich an der Uniform der Lützower Jäger zu orientieren hat.



P. HAUSHALT & FINANZEN

1. Keine neuen Schulden für die Jugend

Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit ist es ein generelles Ziel, jüngeren Generationen keine Altlasten der vorherigen Generationen aufzubürden. Ein ausgeglichener Haushalt muss daher zwangsläufig das Ergebnis einer öffentlichen Haushaltsführung sein.

Die Rahmenbedingungen für einen ausgeglichenen Haushalt sind dabei besser als je zuvor. Sprudelnde Steuereinnahmen und eine zur Last der Bürger gehende Niedrigzinspolitik bieten hierzu perfekte Voraussetzungen. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage oder ein unerwarteter Anstieg des Zinsniveaus würden zu einer wesentlichen Verschlechterung der Haushaltslage und damit zu einer Ausweitung der Verschuldung führen. Die Leidtragen sind die Jugendlichen.

Zum Wohle der Jugend sind Kommunen, Länder und der Bund daher unabhängig von den Rahmenbedingungen dazu aufgefordert, ein Höchstmaß an Sparsamkeit bei allen Betätigungen zu verfolgen, immer mit dem Ziel einer schwarzen Null.

2. Prioritäten setzen bei der Vergabe von Finanzmitteln

Staatliche Ausgaben sind auf ein notwendiges Maß zu reduzieren: Gute Bildung und die Wiederherstellung der inneren Sicherheit sollten bei der Vergabe finanzieller Mittel Priorität haben. Gute Lehrer, mehr Polizisten und eine tragfähige und unabhängige Justiz sollen sicherstellen, dass Deutschland wieder zu einem Land wird, in dem Deutsche wieder gut und gerne leben können.

Ebenso sind Investitionen, gerade im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und der Digitalisierung wichtig, um die langfristige Tragfähigkeit unserer Wirtschaft sicherzustellen.

3. Streichpotentiale nutzen

Milliarden Ausgaben für eine Massenmigration sind hingegen zu streichen. Es ist der Deutschen Jugend nicht zu vermitteln, dass in allen Bereichen gespart werden muss, während für illegal Eingereiste nie enden wollende finanzielle Mittel zu Verfügung stehen.

Finanzielle Ungleichbehandlungen von Deutschen, wie etwa „Hausaufgabenhilfen für Migrantenkinder“ sind ebenfalls zu streichen. Deutsche und vor allem junge Deutsche sind keine Bürger zweiter Klasse.

Unmittelbare und mittelbare Unterstützungen linker und antideutscher Organisationen sind einzustellen. Deutsche Steuergelder dürfen nicht für nicht für Deutschlands Feinde genutzt werden.

4. Leistungsbereitschaft und Patriotismus fördern

Steuergeldfinanzierte Förderprogramme für linksradikale und -extreme Strukturen, die sich hinter Euphemismen wie bspw. „Demokratieförderung“, „Buntheit“ oder „Toleranz“ verstecken, sind offenzulegen und ausnahmslos auszutrocknen. Geförderte Gruppierungen, die nachweislich linksradikale und -extreme Positionen vertreten, haben innerhalb eines Monats alle bisher erhaltenen staatlichen Zuschüsse inklusive Zinsen an die jeweilige Behörde zurück zu überweisen. Für Forderungen der Behörde, die bspw. aufgrund einer Insolvenz eines ungerechtfertigt geförderten Vereins, nicht beizutreiben sind, haften diejenigen mit ihrem Privatvermögen, die für die unrechtmäßige Förderung maßgeblich verantwortlich waren.

Die 2014 abgeschaffte sog. „Extremismusklausel“ ist in ihrer ursprünglichen Fassung wieder einzuführen. Linksradikale und autonome Gruppen, die der sogenannten „Antifa“ zuzuordnen sind, müssen als terroristische Vereinigung eingestuft werden. Für aus linken Strukturen freigesetzte Individuen sind Resozialisierungsmaßnahmen anzubieten, die ihnen eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Im gleichen Maße wie aktuell finanzielle Mittel zur Subversion von Nation, Volk und Familie eingesetzt werden, sind Bildungsveranstaltungen und Stipendien gemeinschaftsstiftender und patriotischer Projekte, Vereine und Verbände sowie die oben genannten Resozialisierungsmaßnahmen von staatlicher Seite zu unterstützen.

Indem wir demokratie- und leistungsfeindliche Strukturen aufbrechen und gemeinschaftsfördernde Initiativen kultivieren, kann die restriktive Meinungshegemonie der Linken zugunsten eines freiheitlichen Wettbewerbs der Ideen überwunden werden. Dies bildet die Grundlage, um die Zivilgesellschaft für ein positives Deutschlandbild zu öffnen.



Q. LANDWIRTSCHAFT

Deutschland ist eine vom Menschen geformte Kulturlandschaft. Die für die verschiedenen Regionen unseres Landes typischen Merkmale dieser Kulturlandschaft sind die greifbare Ausgestaltung des Gefühls der Heimat. Ein attraktiver ländlicher Raum ist aber ohne Land- und Forstwirtschaft nicht vorstellbar.

Einen wichtigen Beitrag zur Pflege alter Kulturlandschaften trägt die bäuerliche Landwirtschaft, die über Jahrhunderte einen prägenden Einfluss auf die Kultur unseres Volkes hatte. Wir bekennen uns ausdrücklich zu im deutschen Bauerntum gelebte Kultur, erkennen aber auch die Methoden moderner Agrarbetriebe an, die zur Ernährung unseres großen Volkes unerlässlich sind.

1. Umbau agrarwirtschaftlicher Subventionen

Als wichtiger Wirtschaftssektor bedarf die Landwirtschaft der besonderen Aufmerksamkeit des Staates.

Wir setzen uns daher für einen Umbau landwirtschaftlicher Subventionen ein. Wir lehnen es ab ausländische Bauern durch die gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) zu finanzieren und fordern deswegen einen Ausstieg. Stattdessen setzen wir uns für eine nationale Agrarförderung ein. Mit dieser wollen wir insbesondere Nischenprodukte anstelle von Massenware fördern und schützen.

Verbunden mit dem EU-Austritt und dem Ausstieg aus der GAP lehnen wir Milchquoten ebenso ab.

2. Bürokratieabbau und Entlastungen für KMU

Um mittelständische Agrarunternehmen zu stärken, wollen wir diese steuerlich entlasten. Auch setzten wir uns für einen umfassenden Bürokratieabbau, insbesondere für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe aber auch für Privathaushalte ein.

R. KULTUR & MEDIEN

1. Meinungsfreiheit stärken – GEZ abschaffen

Die Junge Alternative will die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Vielfalt des „Marktes der Meinungen“ sichern. Wir sehen die Meinungsfreiheit durch eine Überregulierung von Medienangeboten ebenso gefährdet, wie durch den politisch abhängigen, zwangsgebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Wir fordern deshalb die Abschaffung der Zwangsgabe und die Auflösung des Staatsfernsehens. Vorbildlich zu erwähnen ist hier auch der Sender C-SPAN, der für den Verbraucher kostenlos, finanziert durch die Kabelnetzanbieter, ideologiefreie Berichterstattung aus dem politischen Hauptstadtbetrieb liefert.

2. Identität bewahren, Erinnerungskultur pflegen.

Es gilt, das lokale, regionale und nationale Brauchtum unserer Heimat zu bewahren und zu pflegen. Wir sehen ein aktives Mitwirken in den verschiedenartigen Sport-, Kultur- und Heimatvereinen sowie die aktive Pflege von Mundart und Dialekten als positiven Beitrag zu unserem Kulturleben.

Ein lebendiges Verhältnis zu unserer Geschichte ist essentiell für die identitätsgebundene Persönlichkeitsentfaltung. Unsere deutsche Identität ist über die Jahrhunderte gewachsen. Stolz und Achtung vor den Taten unserer Ahnen sowie die Annahme der Verantwortung, die aus den Verbrechen unserer Geschichte erwächst, stellen uns vor die Aufgabe Einigkeit und Recht und Freiheit immer wieder neu zu bewahren und zu schützen.

3. Deutsche Theaterkultur erhalten

Unsere Theaterlandschaft steht in der Tradition großer Geister wie Goethe und Lessing, die den deutschen Theaterbetrieb entscheidend geprägt haben, und wir bekennen uns zu ihrem Schutz und Erhalt. Diese große Theaterkultur wollen wir erhalten, jedoch führt das aktuelle System der Förderungen dazu, dass unter dem Banner der Kunst Masse statt Klasse gefördert wird. Hier ist kommunal durch direkte Demokratie über die Finanzierung der Theater zu entscheiden.

4. Denkmalschutz reformieren

Der Denkmalschutz dient in unseren Augen dem Bewahren schöner Architektur, nicht bloß alter Architektur. Nur weil etwas alt ist, ist es nicht automatisch erhaltenswert. Um zu vermeiden, dass in Zukunft Plattenbauten und schlechte Moden erhalten werden, nur weil sie alt sind, ist der Denkmalschutz zu reformieren.

Denkmalschutz darf durch übermäßige Bürokratie nicht vor Ankauf abschrecken, dies würde einen Verfall des Objektes fördern.



5. Geschichte als Leitstern staatlicher Bauvorhaben.

Die Baupolitischen Ziele des Bundes sollen ergänzt werden um den Punkt: „gegebenenfalls Orientierung an historisch prägenden Architekturstilen des Standortes“. Gestrichen werden soll hingegen: „nachhaltiges und energieeffizientes Bauen“. Die Verbindlichkeit des „Leitfadens Nachhaltiges Bauen“ für Bundesbauvorhaben soll abgeschafft werden.

So wollen wir an die Stelle progressiver Ideologie den lebendigen Bezug zu unserer Geschichte als Leitstern staatlichen Bauens setzen.

6. Filmförderung abschaffen

Die staatliche Filmförderung ist abzuschaffen, da sie dazu geführt hat, dass Filmproduzenten fast nur noch politisch korrekte Filme produzieren, da sie fest mit der Filmförderung rechnen und das Anfassens von Themen wie Islam oder Migration eventuell zur Nichtvergabe einer Filmförderung führt.

7. Rundfunklizenzen abschaffen

Das Lizenzierungsverfahren von Rundfunklizenzen schränkt die Medienvielfalt ein und kommt aus einer Zeit ohne Internet. Es erweckt den Eindruck, dass die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten dieses vor allem nutzen wollen, um kreative und unabhängige Konkurrenten im Internet gar nicht erst entstehen zu lassen. Ein mündiger und geschäftsfähiger Bürger, der in seinen Grund- und Bürgerrechten nicht eingeschränkt ist, hat das freie Recht, online ein Rundfunkangebot bereit zu stellen. Gerade im Hinblick auf Streaming-Angebote hat sich gezeigt, dass dieses Verfahren ersatzlos abgeschafft gehört.

8. Jugendschutz ist vor allem Elternsache

Bei TV-Inhalten und Internetseiten reicht eine vorangehende Warnung aus, während ein kleiner Anbieter eines Internetsenders sich einen Jugendschutzbeauftragten leisten muss. Wir finden, dass eine eingblendete FSK-Warnung völlig ausreichend ist. Den Schutz vor jugendgefährdenden Medien sollten in erster Linie Eltern und Erzieher gewährleisten und nicht der Staat und seine Behörden. Eine Vorlage des Programminhaltes bei der FSK muss hierzu ausreichen.

9. Videospiele sind Kunst

Die Junge Alternative setzt sich für die Anerkennung von Videospiele als Kunstform ein. Ein Videospiele ist als Gesamtkunstwerk zu verstehen, in dem die eigentliche Spielhandlung als dichterisches Drama betrachtet wird, dass durch Musik getragen wird und durch die Performance der Spielfigur, die somit dem Tanz ähnelt, abgerundet wird.